

Der Grundstein.

Wochenblatt für die deutschen Maurer und diesen verwandten Berufsgenossen.

Publikationsorgan der Agitationskommission der Maurer Deutschlands.

Gesamtleiter und verantwortlicher Redakteur: Johann Stanning in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1.— ohne Beifüllgeld, bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40.
Anzeigen lassen die dreigeschossige Zeitzeile über deren Raum 15 fl. — Postkatalog Nr. 2509.

Nebaktion und Expedition: Hamburg, Große Theaterstraße Nr. 44, erste Etage.

Inhalt: An die Partei der „politischen Humanität“ — Der Streit um das Koalitionsrecht der Arbeiter — Wirtschaftlich-soziale Rundschau. Ein großartiger wirtschaftlicher Ausschwingung — Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Zur Frage des Streit-Siegelsatzung. Die Organisation der Arbeiter der Baumwolle in England und ihre Thatigkeit. — Situationsberichte. — Eingesandte Briefe.

Mehr von sozialen Reformen verlangten und was besonders „geniale“ Denker, wie Herr Adolf Wagner, damals als noch viel zu maschine Vorberungen bezeichneten!

Nun wohl Liberalismus, so höre: dein eigenes Kind, die Koalitionsfreiheit der Arbeiter, wird seit Jahr und Tag miss-handelt; es ist in Gefahr, von reaktionären Fanatikern erbrostet zu werden!

Der Liberalismus weiß das so gut, wie wir es wissen; er vernimmt seit Jahren die lauten Klagen der Arbeiter über Beschränkung und Unterdrückung ihres Koalitionsrechtes, — aber die Partei der „politischen Humanität“ röhrt sich nicht zur Vertheidigung dieses Rechtes. Nur ganz vereinzelt haben liberale Zeitungen den Mut und die Ehrligkeit zu solcher Vertheidigung.

Wir fragen die Partei der „politischen Humanität“: ob sie ihrer Pflicht der gesetzlichen Sicherstellung des Koalitionsrechtes der Arbeiter genügen will oder nicht? Genügt sie dieser Pflicht nicht, so ist damit bewiesen, daß der Liberalismus bereit ist, die politische Humanität und Gerechtigkeit, seine eigenen in der modernen Rechts- und Wirtschaftsordnung verkörperten Prinzipien der politischen Spekulation aufzupfieren.

Damit aber würde der Liberalismus sich zur furchtbaren Satire auf die grundlegenden Ideen des Liberalismus ausgestalten! Wir erinnern ihn an die Worte, die Herzler in seinen Ausführungen über „die Gefahr der sozialen Entwicklung“ ihm zufügt:

„Der moderne Liberalismus mit seinem Gegensatz politischer Gleichheit und wirtschaftlicher Ungleichheit enthält also einen inneren Widerspruch, der auf die Dauer unmöglich bestehen kann. Deshalb aber ist es nicht minder falsch, ihn zu verwerfen oder ihm die Schuld an der bestehenden wirtschaftlichen Ungleichheit in die Schuhe zu schieben. Das große Verdienst des Liberalismus ist es, die Notwendigkeit der Gleichberechtigung zur Geltung gebracht zu haben; daß er sie nicht verwirklichte, ist nicht seine Schuld, ja es soll gezeigt werden, daß er den historisch einzigen möglichen Weg einschlug, der in seinem weiteren Verlaufe zur vollen Gleichberechtigung führen muß.“

Die politische Emanzipation war blos der erste Schritt, der allein aber die Voraussetzungen schuf, auf die gestützt die ferneren vollbracht werden müssen. Jenes Geschlecht, welches die Revolutionen des vorigen Jahrhunderts vorauf, mußte zur Freiheit exponieren, und es ist im Wesen der Sache begründet, daß die politische Erziehung früher vollendet war, als die wirtschaftliche.

„Es ist also richtig, daß der Liberalismus noch nicht erfüllt hat, was er versprach, daß er der Menschheit die volle Freiheit und Gleichberechtigung noch nicht zu geben vermochte; ebenso richtig ist, daß jene dem menschlichen Fortschritte einen schlechten Dienst erwiesen, welche die bisherige Unruchtbarkeit dieses Prinzips auf wirtschaftlichem Gebiete verfehlten, die menschliche Entwicklungsgeschichte mit der heutigen Gesellschaftsordnung gleichsam für abgeschlossen halten. Trotzdem ist der Liberalismus nicht, wie seine Gegner von rechts und links behaupten, der kolossalste Irrthum, den die Menschheit jemals begangen, sondern die gewaltigste That, von deren Früchten noch kommende Jahrtausende zeugen werden. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Gerechtigkeit aus der politischen Freiheit wird den Einklang zwischen Prinzipien und Thatsachen wieder herstellen, der Menschheit

an Stelle der verloren gegangenen neuen Ideale geben.

Allerdings, der Liberalismus ist kein kolossalster Irrthum, aber unsere Liberalen sind die Verkörperung des kolossalsten Irrthums, wenn sie glauben, ruhig mit zusehen zu dürfen, wie das Koalitionsrecht der Arbeiter bedrängt und geschmälerd wird. — jenes Recht, welches für die Entwicklung zur wirtschaftlichen Gerechtigkeit unerlässlich ist, welches den „historisch einzigen möglichen Weg“ dieser Entwicklung und das einzige Mittel zur wirtschaftlichen Erziehung des Arbeiterstandes bildet.

Will die Partei der „politischen Humanität“ erfüllen, was sie versprach, und ihrer Verantwortlichkeit vor der Weltgeschichte genügen oder nicht? Wenn nicht, so wird die Weltgeschichte ihr das Urtheil sprechen und die Partei der „politischen Humanität“ wird nicht durch ehrenhafte Erfüllung ihrer Aufgaben, sondern durch Verrat an den eigenen Prinzipien enden.

In nächster Zeit werden die Vertreter des Liberalismus im Reichstage, anläßlich der Behandlung der Frage der gesetzlichen Sicherstellung des Koalitionsrechtes, Gelegenheit haben, zu zeigen, wie es mit ihrer „politischen Humanität“ und „sozialen Gerechtigkeit“ bestellt ist.

Der Streit um das Koalitionsrecht der Arbeiter

gewinnt immer mehr an Umfang. Während die unabhängige Presse entschieden für die Wahrung dieses Rechtes eintritt, und den Arbeitern die volle gesetzliche Freiheit im Lohnkampf gesichert wissen will, fährt die Presse reaktionärer Richtung im Tone steigender Erbitterung fort, ihre sogenannten „Gründe“ für das Gegentheil geltend zu machen und die Beschränkung des Koalitionsrechtes zu fordern, von welchem sie zum Hohn auf die Wahrheit behauptet, daß es dem „Mißbrauch für sozialdemokratische Zwecke“ diente.

Wir haben die diesbezüglichen Neuheuerungen der offiziellen Norddeutschen Allgemeinen Zeitung „mitgetheilt. Den Städterischen, Reichsboten“ — ein sogenanntes „christlich-soziales“ Organ — scheinen die Ausführungen des offiziellen Blattes noch viel zu milb zu sein. Mit der lapidaren Kraftrhabe, „der Streit ist nichts weiter als eine kleine soziale Revolution“ (die lebhaft erinnert an die Puttkamer'sche Phrase, daß hinter jeder Arbeitseinstellung die „Hydra der Revolution“ lauert), beginnt der fromme „Reichsbote“ seine jämmerliche Heze.

Noch einen Grad höher schraubt die nicht minder fromme „Kreuzzeitung“ ihren Ton: Sie erinnert einfach mit brutaler Offenheit an den Puttkamer'schen Streiterlaß vom 11. April 1886 und gibt der Polizei den Wind, sich bereit zu halten, da die Verfügung ihres Wissens noch nicht aufgehoben sei.

Den Gipfel aller „Ordnungsliebe“ und alles Rechtsbewußtseins“ erklamm aber Herr Schweinburg in den „Berliner politischen Nachrichten“. Er muß ja für so viele Blätter in der Provinz sorgen und deshalb am verbreitetsten auftragen: nach ihm bildeten den Kulminationspunkt einer Bewegung, die 1872 ebenfalls in Berlin mit Massenstreiks angehoben habe, die — Attentate.

Diese Denunziation ist von geradezu „meisterhafter“ Universalität und Brutalität! Ihr gegenüber macht die „Frankfurter Zeitung“ darauf aufmerksam, daß es Streits gegeben hat, lange

eh man von einer sozialistischen Arbeiterbewegung etwas wußte; dieselben haben mit einer Revolution so wenig gemein, daß sie die bestehenden Wirtschafts- und Machtverhältnisse, Privatunternehmungen und Lohnarbeit, vielmehr notwendig voraussetzen. Dasselbe Blatt erklärt weiter: Die Gewerbehäufigkeit in Deutschland zeigt jetzt in der That einen gewissen Aufschwung. Was ist natürlicher und gesetzlicher, als daß sich die Arbeiter rüsten, durch eine Lohnbewegung ihren in den letzten Jahren vielfach gesunkenen Verdienst im Verhältniß zur Belebung der allgemeinen Industrielage zu erhöhen? Es handelt sich in der That vielfach nur um eine Wiedererlangung schon früher erreichter Löhne. Ein wahres Leporellorregister drohender Neuerungen seitens derjenigen Organe, welche in sehr enger Führung mit maßgebenden Kreisen stehen, ist die Antwort von oben her. Besteht dennach der § 152 der Gewerbeordnung zu Recht, oder gilt er nicht mehr, wie manche andere Bestimmungen (im Strafprozeßordnung und Strafgesetzbuch), die in der letzten Zeit so viel erörtert worden sind?

Auch die „Bossische Zeitung“, ein national-liberales Organ, nimmt Stellung gegen die Löhne der genannten Blätter. Sie knüpft an die vielfach geäußerten Zweifel an: ob der Puttkamer'sche Streikelass noch zu Recht besteht. „Diese Zweifel“, sagt sie — „sind allerdings grundlos, denn auf eine bestimmte Zeitfrist war die Gültigkeit jenes Erlaßes nicht beschränkt worden, und eine Verfügung, die ihn außer Kraft setzt, ist ebenso wenig bis dahin ergangen.“ — Gegenüber dem Bemühen, die Polizei an die Handhabung des Puttkamer'schen Erlaßes zu mahnen, läßt sie sich vernehmen wie folgt:

„Es erübrigt dem gegenüber vielleicht nur der Hinweis, daß auch der § 152 der Gewerbeordnung bis jetzt noch nicht aufgehoben worden ist, der den Arbeitern das Koalitionsrecht gähnleistet und, wie folgt, lautet: „Alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Gewerbetreibende, gewerbliche Gehüßen, Gefallen oder Fabrikarbeiter wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einführung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter werden aufgehoben. Jedem Theilnehmer steht der Rücktritt von solchen Vereinigungen und Verabredungen frei, und es findet aus letzteren weder Klage noch Einreise statt.“ Selbstverständlich hat auch der Puttkamer'sche Streikelass dies gesetzliche Koalitionsrecht der Arbeiter als zu Recht bestehend anerkannt, zugleich aber durch die Anweisungen zu seiner Ausführung der Polizei die Mittel in die Hand gegeben, das Recht tatsächlich illusorisch zu machen und es seines wirtschaftlichen, wie politischen Inhalts zu beraubten.

Nach dem Erlaß verfallen alle Arbeitseinstellungen, „von denen anzunehmen ist“, daß sie durch die sozialdemokratische Agitation angestiftet sind, „oder auch nur in ihrem weiteren Fortgang der Leitung derselben verfallen“, der sorgfältigsten Überwachung von Seiten der Organe der Staatsgewalt. Sobald diese Tendenz bei einer Arbeitseinstellung zu Tage tritt — und bei welcher sollte sie für ein gefärbtes polizeiliches Auge nicht zu Tage treten können? — soll sofort nach Maßgabe des Sozialistengesetzes gegen die Presse, Vereine und Versammlungen eingeschritten werden. Damit ist es in die Hand der Polizei gelegt, allen wirtschaftlichen Verstreungen der Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lage das Licht auszublaufen, sobald sie der Meinung ist, daß diese Verstreungen nicht wirtschaftlicher, sondern im Grunde politischer Natur sind, oder doch in ihrem weiteren Fortgang politisch werden könnten. Wie diese Machtsburg wirkt, hat das Verdorren der meisten kleinen Arbeiter-Fachvereine gezeigt und zeigt fast allwöchentlich das Verbot von Versammlungen, in denen Lohnfragen und andere wirtschaftliche Interessen der Arbeiter besprochen werden sollen.

Welchen Inhalt hat also der § 152 der Gewerbeordnung unter den heutigen Verhältnissen tatsächlich noch? Da die Führer in einer Streikbewegung fast immer Leute sein werden, die auch politisch in der Arbeiterbewegung thätig sind, so hogen sie nach dem Puttkamer'schen Erlaß von vorne herein darauf zu rechnen, falls die Bewegung im Gebiet des kleinen Belagerungszustandes entsteht, der — Ausweisung zu verfallen.

Unter diesen Verhältnissen neben dem Streikelass von 1886 noch von „Koalitionsfreiheit“ der Arbeiter zu sprechen, und dabei zwischen wirtschaftlichen und politischen Bestrebungen zu unterscheiden, verhält ein hohes Maß von Einbildungskraft oder von — Heuchelei. Was von dem Schutze der Gewerbeordnung zu Gunsten der Arbeiter noch übrig ist, besteht lediglich durch polizeiliche Nachsicht, die jederzeit ihr Ende finden kann. Daran würde auch nichts geändert sein, wenn die Ausführung des Streiklasses unter dem jetzigen Minister des Innern etwa eine andere sein sollte, als unter seinem Vorgänger. Das Sozialistengesetz hat annualig den Boden auch für die berechtigten und gesetzlich geschützten Verstreungen der Arbeiter dermaßen unterwölbt, daß kein selbständiger Schritt derselben ohne die Gefahr, in die Hände der Polizei zu fallen, mehr möglich ist.

Diese Ausführungen der „Bossischen Zeitung“ entsprechen ganz genau den Ansichten, die wir schon so oft entwickelt haben.

Wirtschaftlich-soziale Rundschau.

* Einer Antrag auf Erhöhung der Löhne hat der Stadtverordnete Herr Cinger bei dem Staatsausschuß der Berliner Stadtverordnetenversammlung gestellt. Der Antrag lautet: Der Staatsausschuß wolle beschließen, der Versammlung zu empfehlen: 1. Die Löhne der bei den Kanalisationswerken beschäftigten Heizer und Kanalarbeiter nicht, wie der Magistrat beantragt, von Ml. 3 auf Ml. 3.20 pro Tag, sondern auf Ml. 3.50 pro Tag zu erhöhen. 2. Den Lohn der von den städtischen Gasanstalten beschäftigten Laternenanzünder von Ml. 57 auf Ml. 75 pro Monat, wie ihn die Anzünder der städtischen Petroleumlampen beziehen, zu erhöhen. 3. Den Lohn der bei der städtischen Straßenreinigung und Beleuchtung beschäftigten städtischen Hofsarbeiter, sowie dieselben einen niedrigeren Lohn erhalten, auf Ml. 3 pro Tag zu erhöhen. 4. Den Lohn der bei der städtischen Straßenreinigung und Beleuchtung beschäftigten jugendlichen Arbeiter von Ml. 1.50 auf Ml. 2. pro Tag zu erhöhen. 5. Den Lohn der bei der städtischen Park- und Gartenverwaltung beschäftigten Arbeiter, soweit dieselben einen niedrigeren Lohn erhalten, auf Ml. 3 pro Tag zu erhöhen und die hierzu erforderlichen Mittel zur Einstellung in die betreffenden Staatspositionen zu bewilligen.

Zur Arbeiterbewegung in Frankreich. Die französische Regierung hat den Arbeitern, welche soortige soziale Maßnahmen verlangen, einen ablehnenden Bescheid gegeben. Infolgedessen wurden in Paris für Sonntag, den 29. Februar, Kundgebungen der Arbeiter befürchtet. Diese aber waren verständig genug, daß jeder Kundgebung zu enthalten. Der Minister des Innern, Conflans, hat sich also einer ungloson Sorge hingegessen, indem er mit dem Kommandanten von Paris und dem Polizeipräfekten Maßregeln zur Verhinderung der zum Sonntag beabsichtigten Arbeiterkundgebungen vereinbart. Die Delegirten der Syndikats- und Arbeiterräume hatten am Sonnabend Abend in der Arbeiterbörse eine Versammlung abgehalten, in welcher sie die Antwort des Ministers des Innern zur Kenntnis nahmen und beschlossen, den Arbeitern anzuhören, sich von jeder Kundgebung fern zu halten. Ein Manifest in diesem Sinne wurde an die Arbeiter von Paris gerichtet. Dem Worte ihrer Vertreter folgend, unterstellen denn auch die Arbeitnehmer jedwede Kundgebung in Paris. Vor dem Stadthause hatten sich zwar einige Gruppen angehäuft, dieselben wurden aber von der Polizei ohne Mühe zerstreut, nur einige Personen, welche der Aufruhrangreifung weiter zu geben, keine Folge leisteten, wurden verhaftet. In Lyon, Marseille, Bordeaux und Lille hatten sich die Arbeiterdelegationen am Sonntag Vormittag, um die Antworten auf ihre am 10. Februar gestellten Forderungen entgegenzubringen, nach den Befreiungsbüuden begeben; dieselben entfernten sich indes auf den ihnen erteilten absthenden Bescheid, ohne öffentliche Kundgebungen vorzunehmen oder herzorzurufen. In Nantes und Troyes wurden mehrere Personen, welche verboteene Plakate ausspielen, verhaftet. Ihre Forderungen haben die Arbeiter damit jedoch keineswegs fallen lassen, und sie werden voransichtlich einen gläufigeren Zeitpunkt abwarten, um sie nachdrücklich geltend zu machen.

Ein großartiger wirtschaftlicher „Aufschwung“ soll, wie gewisse Leute unter schmetternden Trompetenlärm verhindern, stattfinden, und zwar infolge der neuen militärischen Projekt, für deren Ausführung der Reichstag bereits ein nettes Sämmchen von Millionen bewilligt hat und demnächst noch etliche Millionen gewilligen wird.

Die guten Deutschen tollsturen so: Neue große Schlachtfässer und was dazu gehört, werden gebaut; die neue Artillerie und was Alles drum und dran hängt, wird beschafft — da kann es an Beschäftigung nicht fehlen. Die Eisenindustrie wird mit Bestellungen reichlich beschäftigt werden, desgleichen die Kohlenindustrie. Auf den Schiffswerften wird in den Gießereien und verwandten Werftstätten wird man reichlich zu thun haben. Große Massen von Arbeitern werden nach den Industriezentren strömen, und dies belebt auf Handel und Verkehr einwirken. Die Bauhätigkeit wird an einzelnen Städten, den vermehrten Anforderungen zu entsprechen, sich steigern müssen; es gibt neue Fabriken, Ställe, Schuppen, Zärate zu bauen. Kurzum, Frühjahr und Sommer werden eine Umgestaltung der wirtschaftlichen Konjunktur bringen. Arbeit und Verdienst wird in Halle und Hülle da sein und so bleibt dann nur noch übrig, die Vorlesung zu preisen, welche uns mit einer

Kartellmajorität im Reichstage beglückt hat, die alle militärischen Neuforderungen im Reichstage anstandslos bewilligt, so das wir direkt in das goldene Zeitalter des „Aufschwunges“ hineinsteuern werden.

Wie prächtig sich das anstellt! Wie betrachten das Bild des „Aufschwunges“ durchaus nicht in so gänzlichem Lichte. Wohl geben wir zu, daß es der Industrie an Anträgen, den Arbeitern an Beschäftigung für eine Zeitlang nicht fehlen wird. Aber rein wirtschaftlich genommen, steht sich die Sache denn doch nicht so gar vortheilhaft an. Die Kapitälen, die erforderlich sind, um die neuen Unternehmungen aufzuführen, müssen vom deutschen Volke vorher erst in Form von Steuern aufgebracht werden; man kann also im günstigsten Falle nur davon reden, daß die Schädigung des Volkslebens, welches durch die öffentlichen Lasten bemerkbar wird, auf diesem Wege thelweise wieder eine Dedung finde.

Es ist überhaupt bezeichnend für unsere Zeit und ihre ganze Art, daß man schon von einem großen Glück spricht, wenn die Arbeiter nur Beschäftigung finden. Damit ist von vornherein jeder althergebrachte und armelige Weisheitspruch der Philister widerlegt, daß, wer nur ernstlich arbeiten wolle, auch seinen Unterhalt haben könnte. In der That ist es für den Arbeiter von heute eine der qualendsten Sorgen, immer nur eingerahmte lohnende Beschäftigung zu finden.

Aber selbst wenn Alles eintrifft, was man in Aussicht stellt, wenn die Industrie Anträge bekommt und die Arbeiter Beschäftigung haben, so werden die Arbeiter dabei immer nur das Notwendigste verdienen, was sie zu ihrem Lebensunterhalt brauchen.

Dagegen werden die Unternehmer einer reichlichen Unternehmergewinne in Gestalt von Mehrwert erzielen. Allerdings werden auch sie untereinander eine grimmige Konkurrenz zu bestehen haben, denn bei der Bergabe bei den Arbeitern werden sie sich unterstellen. Aber was sie bei dem Unterstellen an Unternehmergewinnen verlieren, werden sie durch Verringerung der Produktionskosten, durch Herabsetzen der Löhne wieder auszugleichen suchen. Ob mit Erfolg, das hängt zum guten Theile von den Arbeitern ab.

Wenn die Nachfrage nach Arbeitskräften steigt, so steigen gewöhnlich auch die Löhne, der Preis der Arbeit muß, wie bei allen Waren — und leider wird die Arbeit zur Ware — zunehmen, je mehr die Waren Arbeit begeht wird. Die Tendenz, die der modernen Industrie innerwohnt, geht dahin, diele Gelegenheit des Arbeitsmarktes zu entpoltern, und die Unternehmer werden Alles aufzutun, die Löhne niedrig zu halten, sei es nur durch Zugzug von fremden Arbeitern, sei es durch die Form der Abholzung, durch Konkurrenz durch Arbeitsarbeit und was die bekannten Mittel alle sind.

Man wird erwarten müssen, daß es zu lebhaften Bewegungen unter den Unternehmer einer und den Arbeitern andererseits kommen wird. Beide Theile werden die Bedingungen möglichst günstig für sich zu gestalten suchen. Die Stellung des Unternehmers ist dabei eine mühelose, und die Arbeiter können nur durch Einmündigkeit und durch geschlossene Organisation etwas erreichen. Wenn es den Arbeitern gelingt, höhere Löhne zu erzielen und bessere Arbeitbedingungen auszuwandern, so wird es im Moment für das ganze deutsche Volk von unberedenbarem Vortheil sein, weil dann der Konsum sich hebt und auf unsere wirtschaftlichen Verdienste bedeutend einwirkt. Wenn dagegen die Löhne der Arbeiter sinken, so wird auch dieser angebliche Aufschwung der Industrie in seinen Wirkungen nachtheilig sein.

Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

* Nachahmenswerte! — Die „Vereinigten Arbeitgeber des Maurer- und Zimmer-Gewerbes in Breslau“ theilen durch Zeitungsinserat den Behörden und dem bauenden Publikum mit, daß sie mit Rücksicht auf die allgemeinen Verhältnisse und im Interesse einer ungefährten Bauhätigkeit den Vorschlägen der Gesellen gegenüber Entgegenkommen geübt haben; es seien demnach die Löhne gegen das Vorjahr um durchschnittlich 16 p.ß. erhöht worden. — Möge dieses Beispiel Nachahmung finden. Zumal den Berliner Meistern des Baugewerbes wäre es zur Nachahmung zu empfehlen.

* Aus Braunschweig ging dem national-liberalen „Hannoverschen Courier“ folgende Notiz zu: „Eine Verbilligung von Maurern hatte vor einiger Zeit, wie mitgetheilt, beschlossen, den Meistern anzugliedern, daß in diesem Jahr als geringster Stundenlohn 45 Pf. gefordert werden würden. Dies jedoch, über die Bauunternehmer gaben keine Antwort. Sie folgten auch der Forderung nicht, in einer neuen Versammlung zu erscheinen, um eventl. Einprache zu erheben. Das Nichterscheinen der Meister wurde nun von den Gesellen als ein Zugeständnis jener Forderung aufgefaßt!“ — Was diese Notiz beweisen soll, ist uns beim besten Willen unerfindlich. Den Braunschweiger Maurern zugeschrieben, daß sie ein Nichter scheinen und beharrliches Schweigen der Meister als ein Zugeständnis ihrer Forderungen ansehen, das ist denn doch zu dummkopf!

* Die Berliner Stoffwaren haben ähnlich in einer Versammlung folgende Resolution beschlossen: „In Erwägung, daß die diesjährige Bauhätigkeit der vergangenen nicht nachstellt, und in Erwägung, daß die Preise fortwährend gestiegen werden und die Lebensmittelpreise ungewöhnlich gestiegen sind, erklärt die heutige Versammlung, den 1888er Gesellenlohn tarif aufrecht zu erhalten und statt einer 9½-stündigen Arbeitzeit eine neunstündige Arbeitzeit mit allen gesetzlich zu Gebote stehenden Mitteln einzuführen.“

* Auf Grund des Sozialistengesetzes politisch verboten wurde in Crimmitschau im „gemeinsamen Sachsen“ eine öffentliche Versammlung der Bauhand-

einstellung einer Vermehrung ihrer Geschäfte, lösten vor.

Die Arbeiter konzentrierten ihre ganze Kraft auf ein gemeinschaftliches Operieren gegen die große Firma Trallope. Die von dieser Firma beschäftigten Arbeiter legten, nachdem sie die Forderung einer neunstündigen Arbeitszeit erhoben hatten, die Arbeit nieder, während ihre Kameraden, die bei allen übrigen Unternehmern mit ihrer zehnstündigen Arbeit fortzuhören, sie mit ihren Beiträgen unterstützten. Sie hofften durch diesen sogenannten partiellen Streit die Forderung bei der genannten Firma durchzusetzen und nach und nach auch die übrigen zur Nachgiebigkeit zu zwingen.

Nach ziemlich langen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeiter und denen der Unternehmer, welche 50 vereinigte Firmen repräsentierten, begann der Kampf am 23. Juli 1859. Schon drei Monate zuvor hatte die Firma Trallope alle Unternehmer in London zusammenberufen und sie veranlaßt, mit ihr gemeinschaftliche Sache zu machen. Auf diese Weise entstand eine mächtige Koalition, die alsbald unter dem Namen "Centralverein der Bauunternehmer" ihre Tätigkeit zu entfalten anfing.

Da die Firma Trallope nach Verlauf von 14 Tagen die Arbeiter, welche zu verlassen hatten, noch nicht hatte erlegen können, so beschloß der Verein ein Lockout, eine Aussperrung der Arbeiter. Alle Bauunternehmer entließen ihre Arbeiter, deren Gesamtzahl sich auf 7856 belief. Zugleich beschloß der Centralverein, von nun an nur noch Arbeiter beschäftigen zu wollen, welche keinem Gewerbevereine angehörten; die Arbeiter sollten sich zur Loslösung von diesen Verpflichtungen.

Trotz ihrer traurigen Lage weigerten sich die ausgesperrten Arbeiter, sich dieser Bedingung zu unterwerfen und die Arbeitseinstellung dauerte fort, bis man sich endlich gegenseitig stillschweigend zu Konzessionen verstand, die dem Streit ein Ende machten. Die Arbeiter ließen ihre auf die Reduktion der Arbeitszeit um eine Stunde gerichtete Forderung fallen, und die Unternehmer verstanden sich dazu, nicht mehr auf der Verpflichtung zur Nichtbeherrschung an den Gewerbevereinen zu bestehen.

Das Ergebnis dieses Kampfes war also für beide Theile gleich Null. Zum Glück hatte der Streit, trotz der durch ihn aufgeriegelten Leidenschaften, zu keiner Gewaltthätigkeit Veranlassung gegeben. Durch die praktische Uebung des Koalitionsrechts gebilbet, hatten die Arbeiter der Hauptstadt eine Mäßigung an den Tag gelegt, der selbst ihre Gegner die Anerkennung nicht versagten konnten.

Die Fortsetzung des Kampfes war indessen nur verschoben. Die Arbeiter schlossen sich noch enger zusammen, während die Unternehmer infolge der Konkurrenz miteinander zerfielen. Schon im Jahre 1861 stand die Frage der neunstündigen Arbeitszeit wieder auf der Tagesordnung. Aber dieses Mal benahmen sich die Unternehmer geschickter; statt sich den erhobenen Forderungen direkt zu widersezten, proponirten sie den Arbeitern eine Lohnheröhung und die Einführung der Lohnzählung nach Stunden an des Tages. Die Arbeiter nahmen diese Vorschläge an, und es kam nicht zum Streit. Seitdem hängt in London die Summe des Tagelohnes der Bauarbeiter von der Zahl der Arbeitsstunden ab und der im Jahre 1861 auf 6 d (= nahezu 50 Pf.) festgesetzte Stundenlohn stieg nach und nach ohne Kampf auf 7½ d (= 63 Pf.) im Jahre 1865, und auf 8 d (= 67 Pf.) im Jahre 1866.

(Fortsetzung folgt.)

Situationsberichte.

Männer.

Frauenfeld a. D. Eine zu Sonntag, den 3. März, Sammeltags 11 Uhr, nach New-Charthouse berufene öffentliche Maurerversammlung war sehr gut besucht. Dieselbe beschäftigte sich mit der angekündigten Einigung der Männer Deutschlands, mit dem in der Zeit vom 25. bis 28. März cr. in Halle an der Saale tagenden sechsten deutschen Maurerkongress, sowie mit der Lohnfrage. Besaglich der ersten Materie sprach Herr C. B e h r e n k aus, daß erfreulicherweise der Bruderkampf, der zur Haupftafel zwischen Hamburg und Berlin geschwunden und den Gesellen des Baugewerks Al-Deutschlands nur Schaden gebracht, hervor und eine Einigung der streitenden Elemente erzielt sei. Dem noch in diesem Monat tagenden Kongress würde es vorbehalten bleiben, dem Friedens- und Einigungswert die Krone aufzusezen.

Man könne daher den kommenden Tagen mit Ruhe entgegensehen. Bereits sänge man in Arbeitgeberkreisen auch schon an, Beschlüsse lauf werden zu lassen. So verfaßt Redner einen Artikel der "Baugewerks-Zeitung", betitelt "Streit", in welchem heißtagt wird, daß die Organisation der Arbeitgeber nicht im Entfernen selber der Arbeiter gleich zu achten sei", worin ferner gesagt wird, daß die Bohlkämpfe in diesem Falle vorzugsweise einen bisher nie erreichten Umfang annehmen und schon mehr einen "internationalen" Charakter tragen dürften. Redner unterzieht diesen Artikel einer scharfen Kritik und betont, daß derselbe wegen seiner maßlosen Ausfälle gegen jede Arbeitervereinigung, wegen seines Denunziantenthums aus der Stütze tragenden Inhalts eigentlich garnicht verbriebe, höchst zu werden. Man sei in neuerer Zeit viel zu vorsichtig geworden und habe auch garnicht richtig, zwecks Erbringung derselben eine internationale Vereinigung anzuführen. Was geschehen sollte, was beschlossen würde, spiele sich in öffentlichen Versammlungen unter den Augen der Polizei ab. Wenn aber der Anfang der Bohlkämpfe ein großer werden sollte, so sei dies wohl der schlagende Beweis, daß die heutigen Löhne bei der unauslöschlichen Steigerung der Lebensmittelpreise nicht mehr ausreichend seien. Die seitens der Arbeiter ausgefallenen Lohnstatistiken hätten in Arbeitgeberkreis: eine Widerlegung gefunden; man habe stillschweigend anerkennen müssen, daß die Forderungen gerecht seien, trotzdem aber zwinge man die Arbeiter zum leisten, zum äußersten Mittel, zum Streit, und das nome man dann "internationale Kämpfe", um die Arbeiter der Polizei zu überliefern. Ein solches Gebahren richte sich selbst. Es sei an zu hoffen, daß der Kongress eine Organisation zur Abwendung des Streits schaffe, eine Organisation die zum Segen der beteiligten Kreise wirken werde. Hierauf wird beschlossen, auch den diesjährigen Kongress zu besuchen und wird als Delegierter Herr C. B e h r e n k einstimmig gewählt. Die Kosten sollen durch die Auslegung von Listern auf den Bauten deckt und durch die Herren H. M e r s c h a n g, W i l h e l m a u k e und H e n r i c h B e i t e r eingezogen werden.

Besaglich der Lohnfrage wird bedauert, daß die hiesigen Arbeitgeber bisher auf die ihnen überlieferte Resolution nicht geantwortet hätten. Es wird beschlossen, die Feststellung des Endtermes wegen Forderung des Stundenlohnes von 35 Pf. einer späteren Versammlung zu überlassen, damit man zunächst die Beschlüsse des Kongresses kennen lerne. Im Übrigen sei in allen umliegenden Städten sehr viel Arbeit in Aussicht, so daß die Arbeitkräfte vorausichtlich rar würden. Schon jetzt sei aber daran festzuhalten, daß der geforderte Stundenlohn als Minimallohn zu betrachten sei. Nachdem eine Versammlung beschlossen und der Antrag des Herrn Krüger, einen Unterstützungsverein zu gründen, vorsichtig abgelehnt wird, da der Bruch wegen der Auflösung des bestehenden Fachvereins noch schwieger ist, fordert die Vorsitzende die Befreiung 12½ Uhr.

Malchow d. M. Zum 3. März batte wir hier selbst eine öffentliche Maurerversammlung anberaumt, die auch von fast allen Männern von Malchow und Umgegend besucht war. Die Tagesordnung lautete: 1. Lohn und Arbeit hier am Ort. 2. Das Antwortschreiben der Jungring an den Gelehrtenausschuß. Zum ersten Punkt der Tagesordnung wurde beschlossen, vom 1. März d. J. an der Forderung der 10stündigen Arbeitszeit bei einem Sohne von 30 Pf. festzuhalten; Überstunden sollen mit 35 Pf. bezahlt werden. Zum zweiten Punkt berichtete der Gelehrtenausschuß, daß die Jungringsmeister die geplante Forderung nicht befürworten wollen, worauf die Versammlung einstimmig erklärte, die Arbeit nur unter den obigen Bedingungen aufzunehmen zu wollen. Wir wenden uns nun vertretensweise an die Kollegen allerorts mit der Bitte, den Zugzug nach hier strengstens fern zu halten, damit wir unsere gewiß bescheidene Forderung durchsetzen können.

Nienstedten. Am 3. März d. J. fand hier eine öffentliche Maurerversammlung statt, welche um 4 Uhr vom Kollegen H. S i c h e r eröffnet wurde. Die Tagesordnung lautete: Der sechste deutsche Maurerkongress in Halle a. S. bzw. Wahl eines Delegirten. Über dieses Thema hielt Herr B o r e n z einen längeren Vortrag, welcher von der Versammlung bestätig aufgenommen wurde. Nachdem Herr W i l k e m a n n sich ebenfalls über diesen Gegenstand der Tagesordnung geäußert hatte, wurde Herr G r ü b e l als Delegirter gewählt, welcher die Wahl dankend annahm. Die Kosten der Vertretung sollen durch freiwillige Beiträge aufgebracht werden. Um 6 Uhr erfolgte Schluß der Versammlung.

Düsseldorf. Sonntag, den 3. März, wurde hier eine öffentliche Maurerversammlung mit der Tagesordnung: Der sechste deutsche Maurerkongress, sowie Wahl eines Delegirten, abgehalten. Die Versammlung war ganz von Männern und Siedbarden besucht. Zum ersten Punkt erläuterte Kollege O t t o S c h i m i d t den Zweck der Gewerkschaftskongress und empfahl angelehnzt die Befürdung des bevorstehenden Kongresses durch einen Delegirten. Nachdem sich noch mehrere Anwesende in demselben Sinne ausgedrückt, wurde der Vorredner als Delegirter gewählt, welcher im Verhinderungsfalle durch den Kollegen E r n s t H o l z e vertreten werden soll. Mit dem Wunsche, daß sich auch die Lage der Männer von Düsseldorf und Umgegend bald verbessern möge, wurde die Versammlung geschlossen.

Friedland i. M. In der am 10. Februar im Vorlate des Herrn Albrecht abgehaltenen öffentlichen Versammlung hielt Herr S t a i n i g k aus Hamburg einen Vortrag über den Zweck und Nutzen einer Organisation. Nach Schluss des mit Besoll aufgenommenen Vortrages erläuterte sämtliche anwesenden Kollegen durch Unterschrift, einen Fachverein gründen zu wollen. Am 2. März fand alsdann eine Versammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Vorstandswahl. 2. Die Lohnfrage. Für den Vorstand wurden gewählt: W. R o h d e, erster Vorsitzender; E. S t a i n e, zweiter Vorsitzender; M a r t e n s, Kassier; A. U l r i c h, Schriftführer; C. Peters und C. B e g l eiter, Beisitzer. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurde beschlossen, für das laufende Jahr die Stundenlohn einzuführen, und zwar wurde der Lohn auf 25 Pf.

pro Stunde bei 11stündiger Arbeitszeit festgesetzt, worauf die Namen derjenigen Meister und Unternehmer bekannt gemacht wurden, die sich zur Annahme dieser Forderung bereit erklärt haben. Von einzelnen Arbeitgebern sei jedoch das Überbieten eines höheren Lohnes unter der Bedingung gemacht worden, daß die Gesellen ihren Austritt aus dem Fachverein erklären bzw. denselben nicht beitreten sollen. Unter allgemeinem Beifall forderte der Vorsitzende die Anwesenden auf, an der jetzt geschaffenen Organisation festzuhalten, damit die Männer von Friedland sich endlich aus dem Sumpfe, in welchem sie so lange gestrandet haben, herauarbeiteten können. — Herrn S t a i n i g k sprechen wir hiermit öffentlich unser bestes Dank dafür aus, daß er uns den richtigen Weg zur Erreichung einer menschenwürdigen Lage gezeigt hat.

Neustrelitz. Am 3. März fand im Vorlate des Herrn Bagemann eine Mitgliederversammlung des bestehenden Fachvereins der Männer statt, in welcher die Kollegen S o s s als Vorsitzender, S c h w a r z als Schriftführer und R o d e und A h r e n s als Beisitzer fungierten. Die Tagesordnung lautete: 1. Die Lohnfrage. 2. Verschiedenes. Zum ersten Punkte führte der Vorsitzende an, daß ein Mitglied des Vereins im Auftrage seines Arbeitgebers mit mehreren Kollegen vibrat eine Lohnregelung versucht habe; es sei ein Lohn von M. 2.75 pro Tag geboten worden. Redner lobte solches Vorhaben auf das Fachschiessen und ermahnte die Anwesenden, vom Wege der Organisation nicht abzuweichen. Alsdann wurden in die Lohnkommission die Kollegen B e d e r, K r ü g e r und H e r r i n g gewählt und beauftragt, mit den Meistern über die Lohnfrage zu verhandeln. Sollte eine Einigung nicht erzielt sein, so sei am 9. März eine öffentliche Maurerversammlung stattfinden, zu welcher die Meister eingeladen sind. Ein Kollege, der sich herbeigeflossen hatte, auf eigene Hand mit seinem Arbeitgeber den Lohn zu vereinbaren, wurde dieshalb zur Rede gestellt und erklärte darauf seinen Austritt aus dem Verein.

Nielen. Die hier am 3. März tagende sehr gut besuchte öffentliche Maurerversammlung hatte zur Tagesordnung: 1. Bericht der Lohnkommission. 2. Wahl eines Delegirten zum leitenden Maurerkongress. 3. Verschiedenes. In das Bureau wurden gewählt die Kollegen F. S c h u l d e als Vorsitzender und H. S a m b u r g als Schriftführer. Die Lohnkommission las zunächst ein Antwortschreiben des Meisters vor, nach welchem letztere auch die Anwesenden, vom Wege der Organisation nicht abzuweichen. Alsdann wurden in die Lohnkommission die Kollegen B e d e r, K r ü g e r und H e r r i n g gewählt und beauftragt, mit den Meistern über die Lohnfrage zu verhandeln. Sollte eine Einigung nicht erzielt sein, so sei am 9. März eine öffentliche Maurerversammlung stattfinden, zu welcher die Meister eingeladen sind. Ein Kollege, der sich herbeigeflossen hatte, auf eigene Hand mit seinem Arbeitgeber den Lohn zu vereinbaren, wurde dieshalb zur Rede gestellt und erklärte darauf seinen Austritt aus dem Verein.

Nielen. Die hier am 3. März tagende sehr gut

besuchte öffentliche Maurerversammlung hatte zur Tagesordnung: 1. Bericht der Lohnkommission. 2. Wahl eines Delegirten zum leitenden Maurerkongress. 3. Verschiedenes. In das Bureau wurden gewählt die Kollegen F. S c h u l d e als Vorsitzender und H. S a m b u r g als Schriftführer. Die Lohnkommission las zunächst ein Antwortschreiben des Meisters vor, nach welchem letztere auch die Anwesenden, vom Wege der Organisation nicht abzuweichen. Alsdann wurden in die Lohnkommission die Kollegen B e d e r, K r ü g e r und H e r r i n g gewählt und beauftragt, mit den Meistern über die Lohnfrage zu verhandeln. Sollte eine Einigung nicht erzielt sein, so sei am 9. März eine öffentliche Maurerversammlung stattfinden, zu welcher die Meister eingeladen sind. Ein Kollege, der sich herbeigeflossen hatte, auf eigene Hand mit seinem Arbeitgeber den Lohn zu vereinbaren, wurde dieshalb zur Rede gestellt und erklärte darauf seinen Austritt aus dem Verein.

Wilhelmshaven. Am 5. März, Abends 8 Uhr, fand

hier im Saale des Herrn Hug, "Zur Arbeit", eine öffentliche Maurerversammlung von Wilhelmshaven und Umgegend statt mit der Tagesordnung: 1. Befürdung des diesjährigen Maurerkongresses. 2. Wahl eines Delegirten. 3. Verschiedenes.

In das Bureau wurden gewählt die Kollegen: R. B e i t e r als Vorsitzender und C. D r a g e als Schriftführer. Kollege B e i t e r erläuterte die Tagesordnung, worauf einige Kollegen an der Diskussion teilnahmen. Das Resultat bestand in der einstimmigen Annahme des Antrages, die Männer von Wilhelmshaven und Umgegend durch einen Delegirten auf dem vorliegenden Kongress vertreten zu lassen. Kollege S c h u l d e wurde mit Majorität als solcher gewählt. Zur Tagesordnung des Kongresses sprach Kollege E s l e n den Wunsch aus, daß, wenn irgend thunlich, nur ein Organ der Männer Deutschlands herausgegeben werde. In Bezug auf die Entschuldigung des Delegirten wurde beschlossen, im "Krieger" durch freiwillige Sammlungen aufzubringen. Im "Verschwiegenen" wurde der Kassier beauftragt, dafür Sorge zu tragen, daß die neuemittierten Mitglieder sofort auf den "Grundstein" abkommen. Mit einem dreimaligen Hoch auf unsere Organisation wurde die gut besuchte Versammlung um 10 Uhr geschlossen.

Berlin. Eine Generalversammlung der freien Vereinigung und Fachgenossen der Männer Berlin fand Sonntag, den 3. d. M., im Saale Klopstockstraße 100 statt. Herr W e r n a r u sprach über die Trades Unions in England und ihre Organisation. Referent führte aus, daß die meisten Nationalökonomen behaupten, die soziale Lage Englands wäre im Verhältnis zu den anderen Staaten eine bedeutend bessere. Dies sei nur möglich durch die feste Organisation, welche die Trades Unions unter sich errichtet haben. Durch ihre Organisation könnten sie den Kapitalisten einen Damnon entgegenstellen, welchen diese nicht im Stande waren, zu übersteigen. Im Jahre 1880 bestanden circa 17 Trades Unions. Diesen zählten 222 250 Mitglieder und verfügten über ein Kapital von 272 413 Pf. St. Aus dieser Summe wird ein jedes Mitglied in jeder Beziehung unterstützt. Auf diese Weise ist es möglich, daß die englischen Arbeiter so viele ausleben können. Auch wäre England mit seiner industriellen Entwicklung um eine Generation voraus und wäre im Stande, alle anderen Länder mit seinen Produkten zu versorgen. Die gewerkschaftliche Organisation kann aber das Massenendl nicht befehligen. — Soll etwas Nützliches geschaffen werden, so muß ein anderer Factor mitwirken, und zwar der politische. Aus diesem Grunde rechtfertige sich die Frage: welche Organisation ist für uns die vortheil-

hastete? Redner meint, die lokale Organisation sei für sein Gewerbe die beste. Denn nur da kann den Arbeitern Alles das erklärt und geboten werden, was zu unserer Bewegung unbedingt nothwendig ist. Damit solch Redner seinen Vortrag. In der Diskussion sprachen die Herren Weiß, Kugler, Gerlich und Seizinger sich in demselben Sinne aus. Im „Berichtedienst“ wurde der Antrag gestellt, einen Fonds zu gründen zur Errichtung einer Bevollmächtigungsstätte für die Arbeiter, doch es kaum noch möglich wäre, Poststellen zu solchen Zwecken zu bekommen. Der Antrag wurde bis auf Weiteres zurückgestellt. Nachdem der Vortragende die nächsten Versammlungen bekannt gegeben (und zwar Sonntag, den 10. März, Brunnenstraße 140 bei Weiß, und Dienstag, den 12. März, Spandauerstraße 100 bei Wundt), schloß er die Versammlung gegen $\frac{1}{2}$ Uhr. — Zu unserem letzten Bericht ist noch hinzutragen, daß der Häufelkäffir für den Osten, Herr Wörle, Sonnabends von 8 bis 10 Uhr Salzgitterstraße 61 bei Schmidt im Keller und Montags von 8 bis 10 Uhr Käffirstraße 10 bei Krause im Keller läuft.

Hamburg. „In der Art d. daß vorgezogene Abgelegerverammlung des hiesigen Frabvereins der Maurer verfaßt der Vorsteher zum ersten Punkt der Tagesordnung „Die Preise und die Altordardarbeite der Hamburger Maurer“ den in dem „Recht auf Arbeit“ enthaltenen Artikel (vgl. Nr. 7 u. 8 d. Bl.) teiltisch und verfaßt schließlich eine zur Abwehr bestimmte Resolution. Herr Müller behauptete, daß die in dem Artikel gemachten Ausführungen in Betreff der Altordardarbeite auf Wahrheit, in Wafft der Organisation dagegen auf Unwahrheit beruhen. Das Rätsenwesen sei richtig geschürt, jedoch nicht maßgebend für sämtliche Hamburger Maurer. Gegen so sei es wichtig, daß verfehlte Altordardolmen sich bei Annahme des Altordards unterstellen, wogegen die Ausführungen über die Revision, der Mitgliedsbücher, aus offensuren Bürgen beständen.“ Redner sprach die Hoffnung aus, daß der Artikelsschreiber in Wirklichkeit nicht in Hamburg zu suchen sei und erfülle die Verpflichtung, im Laufe des Sommers durchgreifende Maßregeln zur Abschaffung der Altordardarbeite zu treffen. „Im Übrigen summierte Redner der Resolution zu. Herrn Voreng war die Resolution nicht weitgehend genug, weil einzelne Mitglieder Personen als mutmaßliche Verfasser des verfehlten Artikels bezeichneten haben; auch er sei genannt worden, j doch habe er mit dem Artikel nichts zu schaffen; Redner behauptete, daß der Name des Einbrechers im „R. a. A.“ nicht angegeben sei und wünschte einen detaillierten Aufsat zu der Wehrhaften Resolution. Gesehne Beziehungen könnten übrigens erst dann geschaffen werden, wenn das Koalitionsrecht der Arbeiter zur Thatache geworben sei. Herr Voreng zitierte die letzten Ausführungen des Vorredners und bezeichnete als Beweisgrund zur Einsendung des Schmalparteis die Absicht, der Hamburger Organisation einen Stoß zu versetzen. Mög sich der Verfasser deselben um die Beziehungen in Berlin, Magdeburg usw. kümmern und die in Hamburg vor kommenden Thatsachen erst mit eigenen Augen betrachten, bevor er ein detailläres Urtheil falle. Auch widerlegte Redner die Ausführungen des Herrn Müller und behauptete, daß sich in Hamburg in den letzten Jahren ein bedeutender Umsturz zum Besseren in Betreff der Altordardarbeite vollzogen habe. Der ganze Artikel sei eine bewußte absichtliche Lüge. Im Übrigen wünschte Herr Voreng die Ablehnung der Resolution. Herr Dammann beantragte ebenfalls Ablehnung der Resolution; es sei

nicht der Wille mehr, über die einzigen Ausgestaltungen des Machwerkes zu streiten. Aus der Annahme des Urteils in das „R. a. U.“, das sich doch auch als ein „Arbeiterberat“ gericte, geht deutlich hervor, daß die Redaktion desselben, wie es auch schon bekannt sei, darauf ausgehe, die Arbeiterbewegung zu schädigen. Solche Artikel würden nur von Leuten verfaßt und aufgenommen, die aus der Bewegung ausgemerzt werden mühten. Nach einigen Vermittlungen der Herren Schmidt und Höhner wurde die Annahme der Meyer'schen Resolution, sowie des Baxer'schen Jubelauftrages abgelehnt. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung „Die Vorbereitung auf den Staatsplänen“ berichtete der Vorstehende über eine Umerledung mit Herrn Senator Lehmann; derselbe bestätigte, daß die Baudeputation die Vorbereitung auf den Staatsplänen der Lohn von 60 Pf. auf den Staatsplänen in Unwendung kommen werde. Redner verfaßt alsdann das an die Baudeputation seinerzeit gerichtete Schreiben und plädierte für Aufrechterhaltung des Tarifs. Herr Dammann warnte vor Unterstüzung des Eingriffes der Baudeputation. Es dürfe aber trotz des langen Winters die Arbeit auf den betreffenden Prägeln nicht ausgenommen werden, und sei weiteste Agitation unter den der Organisation stanzenden, sowie neuangestuften Kollegen bringend notwendig. Herr Vorzen unterstützte die Ausführungen des Vorredners, womit die Debatte erledigt war. Die weiteren Verhandlungen berührten innere Betriebsvereinbarungen.

Braunschweig. (Verpädet.) Am 26. Februar tagte hier unter Voritz des Herrn Büttingau in Bismann's Hotel eine öffentliche Mauereröffnungsfeier, in welcher über unsere diesjährige Böhm. und Kongreßfrage verhandelt wurde. Schon im Dezember vorigen Jahres brachten wir dem Publikum durch Anzeigen in hiesigen Blättern zur Kenntnis, daß wir für das kommende Baujahr 42 Pf. Minimallohn bei zehntägiger Arbeitsezeit beanspruchen würden. Hier von wurden gleichzeitig sämtliche Baunternehmer durch besondere Aufschrift in Kenntnis gesetzt und ihnen die Bereitwilligkeit zur Verhandlung ausgesprochen. Da bisher auf diese Aufschrift keine Antwort ausgeschrieben ist, so werden sämtliche Baugeschäfts inhaber, welche gegen die Forderung Einprache erheben möchten, zu dieser oben erwähnten Versammlung eingeladen. Es war jedoch kein solcher erschienen. Die Versammlung nahm nun einstimmig folgende Resolution an: Da die Herren Baugeschäfts inhaber, welche nicht genügt sind, 42 Pf. Stundenlohn zu zahlen, auf unsere Einladung nicht erschienen sind, nehmen wir das Recht, die auf uns entfallenden Gewinne unserer

an und sind der Hoffnung, daß im nächsten Jahr keine Sitzungen in unserem Gewerbe eintreten werden. Als Termin, von dem ab die Stundenlohn von 42 Pf. verlangt werden soll, wird der 15. April festgesetzt. Es wurde einstimmig beschlossen, diese Resolution in den beiden Fachblättern, sowie im "Braunschweiger Unterhaltungsblatt" und in den heutigen "Anzeigen" zu veröffentlichen. Betracht der Kongreßfrage erläuterte der Vorsitzende die Hauptaufgabe des vorstehenden Kongresses, worauf Herr Wille die in Nummer 2 der beiden Blätter veröffentlichte Erklärung sowie den Kongreßaufruf verlas und für Beschilderung des Kongresses eintrat. Die Herren Ahrend und Weilecke hielten die zu dem Zweck auf veranlagten Sichter für weg geworfen, man solle lieber am Ort eine neue Organisation gründen, während Herr Siegle diese Ansicht als absurd belämpfte und ebenfalls für die Tafelredung von Delegierten eintrat. Nach längeren Debatten wurde beschlossen, zwei Delegierte zu entsenden, und wurden die Herren H. Siegle und F. Krause als Delegierte gewählt. Sobald gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: "Die heute am 26. Februar in Delmann's Hotel tagende öffentliche Mauererversammlung macht die von den Berliner Kollegen am 5. Februar d. J. angenommene Resolution zu der ihrigen und beantragt ihre Delegiten, dahin zu wittern, daß die Einigkeit der deutschen Mauer wieder hergestellt und jeder preußische Zwist vollständig zum Wohl der deutschen Mauer begraben wird. Ferner unterbreitet die heutige Versammlung dem Kongreß folgende Vorschläge: 1. Die Agitationskommission hat sich freiwillig aufzulösen. 2. Zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Mauer Deutschlands wird eine Zentralkommission ernannt von - Personen. Diese Kommission wird nicht auf dem Kongreß gewählt, sondern von den Kollegen des betreffenden Ortes, welchen der Kongreß als Vorort bestimmt. 3. Diese Kommission darf nicht nach einem Orte verlegt werden, wo ein Fachblatt der Mauer erscheint. Die Agitation in den letzt, eine volle Einigung erzielt werden. Um nun das Möglichste hierzu beizutragen, empfahl er, den diesjährigen Kongreß durch zwei Delegierte zu beleben. Nach kurzer Debatte, in welcher die Kollegen Meusch und Steffens dem Vorredner zustimmten, Kollege Niemann an, da dagegen sie Entsendung nur eines Delegierten plädierte, wurde der Antrag des Referenten angenommen und die Kollegen Bräuer und Steffens mit diesen Posten betraut. Zum dritten Punkt der Tagesordnung teilte Kollege Meusch die Behandlungen des Auschusses mit den Meistern mit. Die Herren hätten verchiedet, daß sie, wenn wir den guten Willen zeigten, jetzt mit uns Hand in Hand gehen wollen. Hierzu gehörte aber außer der Lohnfrage auch eine Regelung des Lehrkindspreis; es seien auch bereits in einer Verhandlung eine Anzahl Lehrlinge zugeogen gewesen, welche durch unanständiges Betragen oder durch Fernbleiben aus dem Unterricht in der Gewerbeschule geglättet haben, denen ein Beweis ertheilt worden sei. Der Altkordtarif sei in einigen Punkten zu hoch gestellt, und würden die Meister empfehlen, wenn Altkord gearbeitet werden soll, denselben mit den betreffenden Arbeitern zu vereinbaren. Die Versammlung, aber beschloß, den Tarif in allen Punkten hoch zu halten, wenn in Altkord gearbeitet werden soll, dagegen auf die Altkordarbeit vollständig zu verzichten, wenn nicht nach dem Tarif bezahlt werden sollte. Ferner wurde vom Kollegen Dine darauf aufmerksam gemacht, daß bei Übernahme von Altkordarbeit das sogenannte Parliergeld nicht, wie bisher, von den Gesellen, sondern von den Meistern zu zahlen sei, da der Parlier auf dem Bau lediglich die Interessen des Meisters zu vertreten habe. Die Versammlung beschloß demgemäß. Im "Sächschen" wurde das Vorgerufen einiger Kollegen, welche bei Übernahme von Altkordarbeit nicht den Tarif eingehalten haben, einer strengen Kritik unterzogen, und dann die Versammlung um 11 Uhr wegen der vorgerückten Polizeifunde geschlossen.

kleineren Drucksachen haben die großen Provinzialstädte selbst zu beforschen und geeignete Personen hierzu zu ver-
wenden. 5. Die Orgelfrage wird in der Weise ge-
regelt, daß beide jetzt erreichbaren Fachblätter als zu
Recht bestehend angesehen werden; jedoch wird es den
Herausgebern und Redakteuren zur Pflicht gemacht, jede
vorsichtige Reihenfolge zu unterstellen und mit ganzer
Kraft die Interessen sämtlicher Bauberufsgenossen ein-
heitlich zu verteidigen. 6. Die Abonnementsbeiträge
haben die Verleger nur im Interesse der Litteratur zu ver-
wenden. 7. Zusätze aus dem allgemeinen Fonds der
Maurer sind keinem Blatte zu gewähren, jedoch bleibt
es einzelnen Städten unbenommen, diesem oder jedem
Blatte im Nothfalle Subventionen zu gewähren. 8. Die
Bereiter beider Blätter sind moralisch verpflichtet,
Abonnement's auf jedes Fachblatt anzunehmen. 9. Bei
Angriffsstreits ist in erster Linie auf Bekämpfung der
Auffordarkeit und Verkürzung der Arbeitszeit Rücksicht
zu nehmen und die Centralkommission mindestens zwei
Monat's, bevor der Streit beginnen soll, hiervon zu
unterrichten. Wird der Streit geneilligt, so sind in diesem
Falle jedoch die ersten 8—14 Tage keine Unterführungen
auszuhalten, dagegen sind alle Abwurfsstreits sofort zu
unterstüzen. 10. Von der Gründung eines Central-
verband's ist Abstand zu nehmen. 11. Alle weiteren
in diesem Sinne gehaltenen Vorschläge bleiben den De-
legirten überlassen.

Über die Arbeitsverhältnisse in Braunschweig wird
sehr gut beschriebe öffentliche Maurerversammlung im
Gesellschaftssäumer der "Centralstädte" unter Leitung
der Kollegen B. Müller als ersten Vorstehenden und Huth als
Schriftleiter. Die Tagesordnung lautete: 1. Der sechste
deutsche Maurertagungs- und Wahl eines Delegierten.
2. Deutliche Angelegenheiten und Wahl von Vertretern-
männern. Kollege Baeplow schloß den Anwohenden
in kurzen Worten die Errichtung der Gesellschafts-
Organisation sowie den Nutzen derselben und ging dann
näher auf die Umstände ein, welche die Rohwendigkeit
der Gewerkschaftskongresse herbeigeführt haben. Nachdem
Röder noch einige Erörterungenshälften in unserem Gewerbe,
welche hauptsächlich auf die Arbeiten der vorhergehenden
kongresse zurückzuführen sind, angeführt hatte, schloß
der Reihe mit einem Appell an alle Anwohner, für die
Verbildung des Kongresses seitens der Chemnitzer Maurer
eingetreten. Nachdem Kollege Müller sich in demselben
Namen ausgesprochen, entstand eine lange Debatte darüber,
ob die Chemnitzer Maurer einen oder zwei Delegirten zum
kongress läden wollen; in Rücksicht auf die Kosten wurde
jedoch von zwei Delegirten Abstand genommen und Kollege
Baeplow als solcher einstimmig gewählt. Eine in
der Versammlung vorzogenen Sammlung zur Be-
gütte zu den Kosten ergab Ml. 21.34. Folgende Re-
solution, welche inzwischen eingegangen war, wurde ein-
stimmig angenommen: "Die heute in den Central-
tagen" tagende öffentliche Maurerversammlung beschließt:

und Folgendes mitgetheilt: In Braunschweig arbeiteten im vorigen Jahre während der Bauaison circa 1200—1300 Maurer. Der Durchschnittslohn betrug 33 Pf. p o Stunde bei zehntägiger Arbeitszeit. Von Morgens 6 Uhr bis Abends 7 Uhr, mit einer halben Stunde Frühstücks-, zwei Stunden Mittags- und einer halben Stunde Bespansperiode). Eine Erhöhung des Stundenlohnes auf 42 Pf. scheiterte im vorigen Jahre an der Theilnahmefähigkeit der Kollegen. Die Forderung auf 42 Pf. ist in diesem Jahre wieder aufgenommen. Die Arbeitsweise ist gegenüber anderen Städten, z. B. Berlin, Magdeburg und Hamburg, eine sehr solide. Rohbauteile werden garnicht in Alsfeld, sondern in Lagehöhe ausgeführt. Die Putzarbeit wird häufig, jedoch auch nicht immer in Alsfeld ausgeführt. Altordnung für in wenigen Gruppen 35—36 Pf. per Quadratmeter. Die Lehrlingszüchterei wird nur mittelmäßig betrieben. Die Bettheiligung der Kollegen an der Organisation und an den Sammlungen zum Generalsonds ist nur 'eine laue zu nennen.

fung statt mit der Tagesordnung: 1. Vor-lesung der Delegierten. 2. Wahl der Delegierten. 3. Bericht des Ausschusses. 4. Beschiedenes. Nachdem das Bureau durch den Kollegen Neumann als ersten, Powellet als zweiten Vorsitzenden, und Niemann als Schriftführer zusammengestellt war, erhielt der Kollege Powellet über den ersten Punkt der Tagesordnung. Rednet fügte aus, daß die Errichtung der neuern Arbeiterorganisationen in die Zeit falle, in welcher im preußischen Staate die Gewerbefreiheit eingeführt wurde; der Arbeiter habe aber zu der Zeit nicht mit jenen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt, als ihm heute entgegengestellt sind, namentlich durch das Sozialistengesetz, sowie auch durch den Pultatmerischen Streikrecht. Zu diesen Hemmungen gelte sich noch wirklich das Wettberorgan, die „Baugewerbezeitung“, welches sich zur behördlichen Ausgabe gemacht hat, das gestrichen bestehende Koalitionsrat den Arbeitern theilweise oder ganz zu entreissen. Es sei deshalb Wünsch, mit allen uns zu Gebote stehenden Rästen sofort einzutreten, durch geeignete Mittel diese Hindernisse zu überwinden. Die Gelegenheit dazu sei uns jetzt wieder geboten, und zwar durch den Kongreß; es sei freitlich durch den bedeutenden Streit, welcher seit drei Jahren unter den Maurern geherrscht, ein gemeinsames Wirken nicht möglich gewesen; hoffentlich aber werde, da ein bedeutender Schritt in dieser Angelegenheit schon zu Anfang dieses Jahres in Bremen gethan und der Zweck wohl wenigstens über die wesentlichen Punkte beigelegt

der Verhandlung.

Demnach die Tagesordnung der am 3. März abgehaltenen öffentlichen Maureerversammlung lautete:

1. Das Autotrichieren der Meister.
2. Wie verhalten sich die Demminer Maurer zu dem bestehenden Fachverein?
3. Beschiedenes. Das Bureau wurde aus den Kollegen Neumann als erstem, Elwig als zweitem Vorsitzenden und Gaukler und Schröder als Schriftführern zusammengestellt. Der Vorsitzende legte die von den am Orte wohnhaften drei Meistern, sowie einem Bauunternehmer eingegangenen Briefe vor (der zweite Bauunternehmer hatte sich mündlich mit unserer Forderung einverstanden erklärt), nach welchen die Meister sich weigern, wegen der Konkurrenz der Arbeitgeber in den umliegenden kleineren Städten auf die Wohnerböschung einzuziehen, während der eine Bauunternehmer wohl die Wohnbedürftigkeit der Wohnerböschung zugibt, jedoch ebenfalls aus Konkurrenzgründen keine zufriedene Antwort geben zu können erhält. Der Vorsitzende widerte die, die in den Briefen der Meister enthaltenen Behauptungen und konstatierte, daß mehrere Demminer Kollegen in den umliegenden Städten sowohl wie auf dem Lande gearbeitet und einen höheren Lohn, an den meisten Stellen auf dem Lande sogar Doppel-, Kopf und vier auf Rednung der betreffenden Meister erhalten hätten. Nach langer Diskussion wurde eine Wohnkommission gewählt, welche den Antrag erhielt, sich nochmals brieflich an die Arbeitgeber zu wenden mit dem Ertragen um eine münd-

liche Versammlung am 9. März. Das Resultat dieses Vorgehens werden wir sehrzeitig mitteilen. In die Kommission wurden gewählt die Kollegen Fenzl, Wäller, Kobsch und Neumann. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung berichtete der Vorsthende, daß die Beteiligung der Kollegen an dem bisherigen Fachverein eine unverhältnismäßig geringe sei; es gehörten von den 80 am Dore wohnhaften Kollegen nur 28 dem Verein als Mitglieder an. Redner erläuterte den Zweck und die Ziele des Fachvereins und erklärte die Anwendungen, ihre Bauhütte abzulegen und mitzuwirken an der baulichen Organisation, da nur durch geschlossenes Vorgehen aller Kollegen die überaus traurige Lage verbessert werden könne. Sieben Kollegen folgten dem Rufe und ließen sich in die ausstehende Liste eintragen. Außerdem wurden noch vier Abonnenten auf den "Grundstein" gewonnen. Mit einem dreimaligen Hoch auf die bevorstehende Einigung der Maurer Deutschlands schloß der Vorsthende die Versammlung.

Büdels. Unsere Vereinsversammlung fand am 6. März mit folgender Tagesordnung statt: 1. Wahl zweier Bibliothekare. 2. Frageräten. 3. Beschiedenes. Zu Bibliothekaren wurden die Kollegen F. Dreves und A. Saal auf ein Jahr gewählt. Nach Erledigung zweier Fragen wurde über ein von Kollegen Kröger in vorheriger Versammlung eingebrachtes Unterstellungsgeklag verhandelt, welches der zu diesem Zweck befindenden Kommission zur Untersuchung der Verhältnisse überwiesen war. Die Kommission berichtete, daß der Büdeler bei seinem Besuch sich gefährdet habe, wenn die Unterstellung nicht mehr als M. 10 oder 15 betrage, wolle er lieber ganz auf eine solche verzichten. Die Versammlung beschloß unter solchen Umständen das Geschäft abzulehnen. — Am Freitag, den 1. März, fand in Flensburg im Lokaal des Hertz Kinos eine Festlichkeit zur Feier des fünfjährigen Bestehens unseres Vereins statt. Die Gründung des Vereins wurde von wenigen Kollegen auf Anregung von Hamburg aus unternommen, und jetzt gehören dem Vereine ungefähr 50 der hier wohnhaften 400 Kollegen an. Auch haben wir durch die Organisation sowohl eine Aufwertung des Lohnes, sowie eine Verkürzung der Arbeitszeit erlangt, dagegen haben die bei Gründung des Vereins am 1. März 1884 auswandernden Meister das Verbrechen, mit den Gesellen hand in Hand zu gehen, sehr bald verlassen und den Fachverein und dessen Befreiungen auf das Energetische bekämpft. Allen Kollegen, die nun unserem Vereine stets treu waren, rufen wir aber zu: Vergiß nicht die Hände in den Schoß und wartet darauf, daß auch die gebrochenen Laubeln in den Mund fliegen! Schleift Euch uns an und helft mit bauen an dem großen Werk unserer gerechten Sache! — Trotz des lange anhaltenden Winters war der Besuch des Festes seitens der Kollegen und deren Familien ein zahlreicher. Der Gesangsabend hatte es sich angelegen sein lassen, durch ein reichhaltiges Programm einen genussreichen Abend zu bieten, während Herr Thormann durch Vortrag eines schwungvollen Prologs die Zustimmung der Thellinhimer erhöhte. Die Anwendungen blieben bis zum frühen Morgen bestimmen und trennten sich dann mit dem Versprechen, stets an den Bestrebungen des Vereins teilhaben zu wollen.

Schwabed. Am Sonntag, den 3. März, Abends 6½ Uhr, fand hier selbst im Lokaal des Kollegen F. Kruse unsere Fachvereinsversammlung mit der Tagesordnung statt: 1. Bericht der Lohnkommission, 2. Unser Lohntarif, 3. Beschiedenes. Nachdem der Vorsthende F. Venne für die Versammlung um 6½ Uhr erschienen hatte, wurde das bis dahin auf dem Vereine laufende Defizit, sowie der monatliche Beitrag von den Mitgliedern erhoben, worauf die Lohnkommission, welche laut Beschuß der Versammlung vom 3. Februar damit beauftragt war, mit den Meistern darüber zu unterhandeln, daß die Arbeit in den Wintermonaten nicht etwa von 4—5 Mann angeferigt werde, sondern daß die Winterarbeit einem regelrechten acht tägigen Wechsel unterworfen sein müsse, um das allgemeine Wohl sämmtlicher Kollegen, sowie das gegenseitige Gutrauen zu fördern, ihrer Bericht erstaute. Die Meister haben nach diesem Bericht erklärt, in dieser Hinsicht keine Verpflichtungen übernommen zu können, jedoch würden sie soviel als möglich Rücksicht auf die ausgesprochenen Wünsche nehmen. Über den zweiten Punkt: "Unser Lohntarif" entpann sich eine längere Debatte, indem einige Kollegen die im Tarif enthaltene Befreiung, nach welcher die an einem bestimmten Datum eintretende Lohnsteigerung, je nachdem das Datum fällt, eine Woche früher oder später in Kraft treten soll, dahin abgedrängt wissen wollten, daß die Aenderung des Lohnes mit dem bestimmten Tage zu erfolgen habe. Die Versammlung beschloß jedoch, den Tarif in seiner bisherigen Form beizubehalten. Nachdem noch einige unwichtige Angelegenheiten besprochen waren, wurde die Versammlung, in welcher drei Mitglieder fehlten, um 9 Uhr geschlossen.

Hamburg a. C. Eine Mitgliederversammlung des Fachvereins der Maurer zu Hamburg fand am Donnerstag, den 7. März, statt mit der Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Statistik. 3. Wollen wir unsere Mitgliedsarten für dieses Jahr beibehalten? 4. Frageräten. 5. Innere Vereinsangelegenheiten. Nach kurzer Erledigung des ersten Punktes der Tagesordnung machte Kollege C. Weniger auf die Wichtigkeit der korrekten Ausfüllung der Fragebögen aufmerksam und stellte den Antrag, die Statistik obligatorisch für alle Mitglieder einzuführen, sowie die weitere Errichtung derselben einer Kommission zu übertragen. Nachdem die Herren Sünder und Seeger den Antrag unterstützten, wurde dieser einstimmig angenommen und eine Verwaltungskommission von sechs Personen gewählt. Zum dritten Punkt der Tagesordnung wurde nach längeres Debatte beschlossen, für dieses Jahr neue Mitgliedsarten anzutragen zu lassen, weil der Vorstath der auf zwei Jahre eingetretene Karten eröffnet ist und der Nachdruck wenig mehr kosten wird, als ein Nachdruck der bisherigen Karten. Ein Antrag, die Rubrik zur Kostenstellung über das Abonnement auf das Fachorgan fortzulassen, wurde abgelehnt, weil gerade dadurch eine

vermeidbare Agitation für das Organ in's Werk gesetzt werden kann. Nach Erledigung mehrerer Fragen unterzog Herr Sünder es die übrigen Verfassungsgebücher einer gerechten Kritik, indem der Besuch noch nie so schwach gewesen ist, als in den beiden Verfassungen im Februar. Redner hob u. a. hervor, daß man nicht die Hände in den Schoß legen dürfe, weil für dieses Jahr die Forderung bewilligt sei, und erläuterte den Besuch der Verfassungen. Ferner bezeichnete er das Leben des "Grundstein" als zur Erhaltung einer Organisation für unentbehrlich. Darauf wurde von dem Kassirer die Rentabilität vertreten, nach welcher finanziell auch viel zu wünschen übrig bleibt. Auch wurde von den Bibliothekaren die übergabe Benutzung des Bibliotheksausflugs, worauf der Vorsthende in kurzen Worten auf den Zweck der Bibliothek hinwies. Nachdem noch zwei Kontrolleure für den Monat März gewählt und einige Anträge zur nächsten Versammlung vertragt waren, mußte die Versammlung wegen vorgeschichteter Zeit geschlossen werden. — Am selben Abend wurde auf der Herberge eine unglaubliche Störung ausgeführt. Einer der Betriebsbibliothekare, der aus Agitationsinteresse noch den alten "Fremden" angehörte, verließ gegen 10 Uhr wegen Unwohlseins die Versammlung. Ein Weg führte ihn an der Herberge vorbei; er lehnte bei seinen "ebabten" Freunden ein, um Propaganda für den Fachverein zu machen. Solche Agitation konnten aber einige derselben nicht vertragen, und so fielen 4—5 dieser rohen Burschen über ihn her und bearbeiteten seinen Kopf mit Fäusten und anderen Instrumenten darunter, daß er sich von einem Arzt verbinden lassen mußte. So erfüllten diese von fanatischem Hass gegen die Fachvereine erstülpften Thoren das von ihnen gegebene Wort: "Also will ich auch sein und bleiben ewig treuer Bruder Dein!"

Bielefeld. Wir machen die anwältigen Kollegen darauf aufmerksam, daß die Differenzen zwischen den hiesigen Meistern und Gesellen, mit Ausnahme von drei Stimmen, nicht beglichen sind und erachten, den Bzug zu auch fernher von hier abzuhalten. **Delmenhorst.** Der hier ausgebrochene Streit ist Dank unserer Organisation innerhalb vier Tagen beigelegt worden. Die den Meistern schon im vorigen Jahre durch die Lohnkommission unterbreiteten Forderungen wurden durch ein am 28. Februar an leichter gerichtetes Schreiben nicht bewilligt, indem dieselben nach Ansicht des Meisters unbillige sein sollten. In der an denselben Abend abgehaltenen Versammlung der Kollegen wurde nun einstimmig beschlossen, die Arbeit nicht früher aufzunehmen, als bis die Meister die Bewilligung unserer Forderungen schriftlich ausgestellt hätten. Das geschah und schon am 4. März erfolgte die Unterschrift des Meisters. Der Bogen ist von 35 auf 37½ Pf. pro Stunde erhöht worden, während der Preis für Überstunden und Sonntagsarbeit auf 50 Pf. pro Stunde festgelegt ist. Der Bogen soll an jedem Sonnabend um 8 Uhr auf den Bauten abgezahlt werden, wenn dieselben sich außerhalb der Stadt befinden, und außerdem soll an jedem Bau bei demselben eine geringfügige, waagerechte Aufzehrung vorhanden sein, die nur zum Aufenthalt der Arbeiter während der Pausen bestimmt ist. Nur meinen wir, es sei Alles in Ordnung — ja, da haben wir wieder einmal die Rechnung ohne die Meister gemacht! Bielefelder Kollegen sind entlassen worden, während nach Angestammtem aus anderen Städten großer Begehr ist. Wir warnen daher vor Bzug.

Hannover. Am 5. März, Abends 8½ Uhr, fand hier selbst im großen Saale des "Völkers" eine öffentliche Maurerversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Wodurch werden wir am besten das Handwerk? 2. Die augenblickliche Bewegung der Maurer Deutschlands. 3. Beschiedenes. In das Durcheinander wurden gewählt die Kollegen Grothe a's erster, Blanke als zweiter Vorsthender und Schwarzb erg als Schriftführer. Zum ersten Punkt der Tagesordnung legte der erste Vorsthende den Zweck und die Ziele einer Fachorganisation klar und forderte die anwesenden Kollegen auf, der hiesigen Organisation beizutreten, weil nur dadurch das Handwerk gefördert werden könne, worauf Kollege Blanke die Ausführungen des Vorsthenders unterstützte. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung empfahl der erste Vorsthender dringend das Abonnement auf den "Grundstein" und verlas alsdann einen Bericht aus der "Bauweltzeitung", den er einer herben Kritik unterzog. Die folgenden Redner forderten die Anwendungen an, stramm zur Organisation zu stehen, worauf beschlossen wurde, bei eintretendem Thauwetter gleichzeitig mit den Sammlungen zum Generalsold zu antragen, da doch wohl recht bald mehrere Städte in einen Streit verwickelt sein würden. Im "Beschiedenen" verlas der Vorsthender mehrere Artikel des "Grundstein" über die von dem Vertrauenssrat der Hannoverschen Baugewerkschaft gestellte Frage: "Ist die Tätigkeit eines Maurers auch eine Arbeit?" und wie die Leistungen eines Maurers durch statistische Nachweise genau nachzuweisen waren, so erfolgte Schluß der Versammlung um 11 Uhr Abends.

Bremen. Am 5. März, Abends 7 Uhr, wurde hier eine öffentliche Maurerversammlung abgehalten mit der Tagesordnung: 1. Bericht der Lohnkommission in Vertretung des Antwortschreibens der "Bauhütte" über die Lohnfrage; 2. Wie sollen sich die Maurer Bremen dazu stellen? 3. Beschiedenes. Das Bureau bestand aus den Kollegen Becker, erster, Wöhlers, zweiter Vorsthender, Woda, erster und Behrens, zweiter Schriftführer. Nachdem das Antwortschreiben der "Bauhütte" verlesen war, wurde dasselbe von mehreren Rednern einer starken Kritik unterworfen. Nämlich als wir am 28. Dezember 1888 an die "Bauhütte" die Bitte stellten, unser Lohn von 42½ auf 47½ & Minimallohn zu erhöhen und die Forderung am 1. März in Kraft treten zu lassen, da stellten die Meister am 15. Januar eine Versammlung ab und schufen uns am 26. Februar eine ablehnende Antwort. Also, es geht weiter! — Als dann stellte ein Kollege den Antrag, die Lohnkommission solle ein gebräuchliches Formular an sämmtliche Meister schicken, mit

der Aufforderung, daß bis zum 21. März zu erlösen, ob sie den Bogen von 47½ pro Stunde bewilligen wollen oder nicht. Es entpann sich eine heftige Debatte, welche mit der Annahme des Antrages endete. Ferner wurde auch beschlossen, im "Grundstein" an die Kollegen in Deutschland die Aufforderung zu erlassen, den Bzug von hier fern zu halten, da Arbeitskräfte genügend hier vorhanden sind. Die Weitern machen, um einen Druck auf uns auszuüben, im "Sulzinger Kreisblatt" bekannt, daß hier täglich eine Mauer für den Bogen von 42½ pro Stunde Arbeit erhalten können. Da durch den Bollanschluß sämtliche zum Leben erforderlichen Bedürfnisse verheuert sind, so können wir mit 42½ nicht mehr haushalten. Der Schluß der Versammlung erfolgte um 9½ Uhr.

Maurer und Zimmerer.

Gießendorf-Lehe. Die Maurer und Zimmerer hierorts haben schon wieder einmal die Vergleichung gehabt, von der Innung zur Wahl eines Gesellen-Ausschusses am 28. Februar eingeladen zu werden. Die Versammlung derselben wurde vom Obermeister geleitet. Nach Eröffnung derselben führte Herr Zimmermeister B. Scheller aus, daß die Innung bestellt sei, mit den Gesellen Hand in Hand zu gehen, und daß die Mitglieder der Innung nicht darauf ausgingen, den Bogen zu ziehen; die Verhandlungen dienten jedoch nur mit einem Gesellen-Ausschüsse stattfinden, und empfiehlt deshalb die Innung die Wahl eines solchen. Hierauf verabschiedete der Obermeister das Statut und erklärte, daß jeder stimmberechtigte Geselle fünf Namen auf einen Bettel zu schreiben hätte. Aus der Versammlung wurde erwidert, daß das so schnell nicht gehe, die Versammlung müsse doch vor allen Dingen befreit werden, ob sie überhaupt gewählt sei, einen Innungs-Gesellen-Ausschuss zu wählen. In der hierauf folgenden Diskussion bemerkte ein Innungsmeister, wie ihm scheine, wollten die Gesellen keinen Innungsausschuss wählen, sondern den Fachverein als ihre Vertretung annehmen; dem siehe aber entgegen, daß nur ein Theil der Gesellen dem Fachverein angehören. Kollege Bauer erwiderte dem Vorredner, daß das freilich der Fall sei, die Innung gehöre aber der bei Weitem größten Theil der Arbeitgeber auch nicht an, und trotzdem wolle dieselbe allein in Gesellen, gleichviel ob sie bei Innungsmeistern oder Nichtinnungsmeistern arbeiten, nicht allein Vorrichten machen, sondern ihnen auch Befreiung zur Innung abverlangen. Redner schiede die Erfahrungen, die er im vorigen Jahr als Mitglied des Gesellenausschusses gemacht hat, nach welchen er der Gelegenheit einer Befreiung als Bürger begegnet worden ist, unter der Beschuldigung seines des Innungswortandes, daß ein Meister glaubwürdiger sei, als ein Geselle. Kein einziger der vom vorigen Gesellen-Ausschüsse gerügt Verhältnisse sei abgeschafft worden, und deshalb habe der Ausschuss einfach sein Amt niedergelegt. Bei der alsdann durch "Gammelsprung" vorgenommenen Abstimmung lehnten sämtliche anwesenden Gesellen die Wahl eines Innungs-Gesellenausschusses ab, worauf die Versammlung geschlossen wurde. Ähnlich erging es bei der derselben Tagesordnung eine Stunde später in Bremerhaven abgehaltenen Versammlung, zu welcher selbstredend eine große Anzahl der Bevölker der in Gießendorf abgehaltenen Versammlung sich hinzugetragen hatten. Das war dem Obermeister zu starke Tabat, er erklärte, daß nur die in Bremerhaven wohnhaften Gesellen an der Versammlung teilnehmen dürften, die Liebigen möchten das Lokaal verlassen. Diesen zarten Wimme folgte aber die ganze Versammlung, so daß die Meister Zeit genug hatten, über die "Unbotmäßigkeit der Gesellen" Betrachtungen anzufstellen. — Kollegen in Deutschland hieraus ist zu erkennen, daß von den Meistern in Bremerhaven Gießendorf-Geselländerei-Lehe auf günstigem Wege nichts zu erreichen und der Ausbruch eines Streits nicht länger hingezögert ist. Wir eruchen Euch dringend, uns in diesem Kampfe beizustehen und den Bzug nach hier strengstens fern zu halten.

Ditzenbüll. Eine öffentliche Maurer- und Zimmererversammlung tage am 26. Februar in "Karlsruhe". Auf der Tagesordnung stand: 1. Die Lohnfrage. 2. Die Gewerkschaftsbewegung. 3. Ergründung der Lohnkommission. Nachdem die Bureauwahl vollzogen war, verlas Herr Meyer eine von ihm angefertigte Aufstellung über seinen Jahresverdienst im Jahre 1888. Nach derselben war Redner 2129 Stunden und zwar 487 Stunden a. 50 Pf. und 1642 a. 55 Pf. während des Jahres beschäftigt gewesen, was eine Gesamtsumme von M. 1146,60 ergibt. Die durch Witterungsverhältnisse sowie Materialmangel verursachte Zeitertrag betrug 563 Stunden. Nach der auf dem Lohntarife festgesetzten Arbeitszeit wurde ein Maurer, wenn er keine Stunde zu feiern braucht, was wohl aber nie vorkommen wird, im Jahre 2692 Stunden arbeiten können, was bei dem Bohnsatz von 55 Pf. pro Stunde eine Einnahme von M. 1480,60 ergibt. Die durch Witterungsverhältnisse sowie Materialmangel verursachte Zeitertrag betrug 563 Stunden. Nach der auf dem Lohntarife festgesetzten Arbeitszeit würde ein Maurer, wenn er keine Stunde zu feiern braucht, was wohl aber nie vorkommen wird, im Jahre 2692 Stunden arbeiten können, was bei dem Bohnsatz von 55 Pf. pro Stunde eine Einnahme von M. 1480,60 ergeben würde. Die Ausgabe betrug (bei einer Familie von fünf Köpfen): an Kleidung und Feuerung pro Woche M. 15 = M. 780; für Steuern und Metze M. 44; für Krankenlassenträte M. 27; für Kleidung und sonstige Ausgaben M. 146, zusammen M. 1398. Zu der oben angegebenen Einnahme kommt noch eine Einnahme von M. 188 an Rente von einem Einlogier hinzu, so daß die Gesamtsumme 1334,60 beträgt. Es war also ein Deficit von M. 63,40, trotz der gewissen Lebensweise, zu verzichten. An der Hand dieser Aufstellung wußt Redner die Notwendigkeit einer Lohnsteigerung nach, und forderte derselbe die anwesenden Maurer und Zimmerer auf, daß die bestehenden Organisationen angreifen, um durch gemeinsame Vorgehen die Lage verbessern zu können. Nach langerer Diskussion wurde die Lohnkommission beauftragt, bei den Meistern um eine Erhöhung des Lohnes auf 60 Pf. pro Stunde vorstellig zu werden und die Notwendigkeit dieser Erhöhung eingehend darzustellen. Zum zweiten Punkte hielt Herr Bimbach aus Hamburg eine Vortrag über die Gewerkschaftsbewegung, deren Ziele und bisherigen Erfolge. Als einen Hauptfaktor in der Bewegung bezeichnete Redner die geistige Ausbildung,

welche durch die in den verschiedenen Organisationen sich im Innungskopf die Welt, wenn ein solcher gegründeten Bibliotheken, sowie vor Allem durch das Fachorgans „Der Gründstein“ gepflegt werde und gestellt es als moralische Pflicht jedes Kollegen hin, auf dieses Blatt zu abonnieren. Außerdem müssten die Arbeiten aller Branchen für Nutzung und Erweiterung des in der Reichsgewerbeordnung vorgesehenen Koalitionsrechtes eintreten, welches heutzutage in den Innungen die heftigsten Gegner habe. Herr Heinz er befürwortete die Gründung von Genossenschaften, so lange etwas Besseres nicht zu erreichen sei und führte als Beispiel die Resultate der Genossenschaftsbücher in Hamburg an. Als Ziel der Bewegung stellte derselbe jedoch die Regelung der Produktion durch den Staat hin. Zum Schluß wurde an Stelle eines Mitgliedes der Vorsitzendenkommission, welches seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen ist, Kollege Nissen gewählt.

Greifswald. Am 10. März tagte in den Räumen des Herrn Kurts, Mühlenstraße 27, eine öffentliche Versammlung der Maurer und Zimmerer mit der Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum letzten deutschen Maurerkongress. 2. Berichtshören. Nach vollzogener Dauerauthentifizierung Kolleges W. L. G. g. v. r. g. aus Stralsund über den ersten Punkt der Tagesordnung, indem der Höhe die Entstehung der heutigen Gewerkschaftsbewegung und die Bedeutung der Kongresse klarlegte. Redner hob hervor, daß durch die Herausgabe zweier Organe eine Versplitterung des deutschen Maurerstandes sei und die Hauptaufgabe des jährlichen Kongresses darin bestehen müsse, dieses zu schließen, um die Einigkeit unter den Maurern wieder herzustellen. Diese sei aber nur durch die Herausgabe eines Organs zu erreichen und ebenso notwendig sei es, daß das Blatt an dem Sitz der Agitationskommission herausgegeben werde, da sonst zu befürchten sei, daß genau dieselben Streitigkeiten wieder entstehen würden, wie sie kurz nach dem Dresden Kongreß entstanden sind. Zum Schluß legte Redner es den Kollegen an's Herz, doch endlich einmal für Greifswald einen Delegierten zu wählen. Die Versammlung schloß sich diesen Aufforderungen lebhaft an, und wurde hierauf zur Wahl eines Delegierten geschriften, welche auf den Kollegen P. v. H. fiel. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurden verschiedene Anträge zur Verbesserung unserer Lage erörtert und nach langer Debatte der Antrag angenommen, den Sonntagslohn auf 30 Pf., bei eisstündigiger Arbeitszeit mit 1½ Stunde Mittag, vor welcher Zeit eine halbe Stunde mitbezahlt werden muß, festzulegen. Schluss der Versammlung 5 Uhr.

Nienburg a. E. Am Sonntag, den 24. Februar, fand hier im Lokale des Herrn Bülow eine öffentliche Versammlung der Maurer und Zimmerer statt. Die Versammlung war nur schwach besucht. Als Referent war Herr Lorenz aus Hamburg anwesend, welcher zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Die Gewerkschaftsbewegung und ihre Bedeutung“, die geschichtliche Entwicklung der Gesellenorganisationen aus den jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnissen klarlegte. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Der schlechte deutsche Maurerkongress“, wurde beschlossen, nachdem Herr Lorenz die für denselben bestimmte Tagesordnung erläutert hatte, uns den Hamburger Kollegen anguhörten und die Vertretung der Maurer von Neuhaus Herrn A. Bitter zu übertragen. Zum Schluß wurde noch auf das Abonnement des Fachorgans aufmerksam gemacht und ab dann die Versammlung geschlossen.

Gingesaunt.

Aus Hannover.

Bünnisterisches Blech trommeln zu hören, und zwar nahezu drei Stunden lang, dieser Generalwar mit knapp zehn Minuten. Ich wohnte der Generalversammlung des „Bereins selbstständiger Handwerker für Hannover und Linden“ bei. Bünnister wurde, obwohl der Verein laut seinen Statuten kein politischer Verein sein will, recht ausgiebig Interessenpolitisch betrieben; es wurde Stellung genommen zu den sogenannten „handwerkerfreundlichen“ Parteien im Reichstag, Bismarck und konserativen. Denen will man bei Wahlerfolg leisten und im Übrigen versuchen, Handwerksmeister als Abgeordnete zu bekommen. Beiflossen wurden Petitionen an den Reichstag, betreffend Einführung des Befähigungsnauchweises, Legitimationspflicht der Gesellen, Verstärkung des Sozialistengesetzes, Beschränkung des Koalitionsrechtes der Arbeiter usw. — Rauté klagte erheblich die Herren Bünnister darüber, daß sie durch Klassen- und Gewerbeverein, sowie Beiträge zur Kranken- und Unfallversicherung „so schwer belastet“ seien. Der Reichsregierung erschien der genannte „Altmeister“ Salge trotz seiner „Autorität“ einen Rüffel; sie gehe „so behauptete dieser gewichtige Herr“ — noch nicht entschieden genug zu Gunsten der Handwerkerforderungen vor, vielleicht aus Rücksicht auf die liberale Partei? Diese Borderanzen wurden von der großen Mehrzahl der Handwerker getheilt! Natürlich, durch das zulässige Kaiserspatz betrachtet erscheint jeder Bünnister verantwortungslos!

Die süddutschen Regierungen wurden ebenfalls „exemplarisch abgeklopft“ dafür, daß sie den Handwerkerbefreiungen gegenüber sich ablehnend verhalten. Aber diese Widerparteien, die es wagten, den gehobenen Innungsberechtigten keine Beachtung zu schenken, die den Adermann, Biel und sonstigen Innungsschwelligen keine Bedeutung beimessen und nicht mal durch die „Pauten“ unseres samtenischen Bünnisters auf dem Bünnisterischen Innungstage sich „eines Besseren“ belehren ließen, — diese süddeutschen Regierungen wird Herr Heinz schon klarlegen, wenn nur erst der Eintritt in die Innungen durch Reichsgesetz „obligatorisch“ gemacht worden ist, dann sollen sie schon nachgehen, Sünder am heiligen Innungsgesetz. Und dann wird Herr Heinz lachen und ausruhen: „Sieht du, wie du bist! Eisch, eisch, jetzt hast ihr doch zu Kreuze kriechen müssen!“

Ja, anders als in anderen Menschenköpfen gesetzet

nachweisungsbureau einzurichten ist, anzustreben; alle übrigen sogenannten „Handwerksbüro“en und „Strolche“ müssen hier zurückgewiesen werden! — Doch, nur wer von der Innung berichtet und besiegt erhalten, daß er ein „stolziger“ und „orientlicher“ Arbeiter, kein Fachbereitschaftsmitglied, kein Strolch und kein „Aufsicht“ ist und nur den Meister vor Augen und im Herzen hat, soll wichtig sein, beherbergt zu werden und Arbeit nachgewiesen zu erhalten. Alle anderen Arbeiter sind „ogen an n i c h t“ Handwerksbüro“en und „Strolche“.

Aber haben dokumentarisch und feierlich verkündet als lauterer Ausschluß der Wahrheit und Gerechtigkeitssiege im Jahre des Heils 1889 zu Stralsund die sogenannten „Hebe des Handwerks“, die Männer vom Ausschluß der Innungen, denen der Gelehrte zugemutet hat, „ein gebührlches Verhältnis“ zwischen Meistern und Gesellen herzustellen.

Aus Berlin.

Handwerker Bünderberg, aufgerufen!

Und auch diejenigen Kollegen, die etwa Lust haben sollten, hierher zu kommen, mögen es merken und lieber nicht kommen!

Während die bissigen Maurer, Steinmäuerer, Zimmerer ic. sich seit Jahren anstrengen, durch eine beliebte Bohnschreibung ihre hämmrige Lage aufzubessern, sollen die Herren Meister von der Innung in ihrer jüngsten Versammlung den geradezu unglaublichen Beschluss gefasst haben, in diesem Felshjahr einen Bohnabzug von 20 Prozent einzutreten zu lassen! — Ober sollte es sich um ein Meisterhandbuch handeln und sollten die reichen Herren Unternehmer der Baubranche, welche für ihre „noblen Paläste“ ganz selbstgebaute Summen ausgeben, sich entschlossen haben, freiwillig 20 Prozent zu zugeben! Auf alle Fälle, Bauhandwerker, aufgerufen!

Wie wenig beneidenswert die Lage der bissigen Bauhandwerker ist, daß sie liefern die häufigen Verhandlungen am gewöhnlichen Schiedsgericht einen schlagenden Beweis, aber das Unternehmertum beachtigt, noch mehr am Bohn zu zwicken, unbedrillt darum, das ganze Familien dadurch sich die größten Entbehrungen aufzulegen müssen. Es ist im Jahre 1885 in der hier erscheinenden „Print. Tagessp.“ durch Zahlen der Nachweis gefestet, wie sinnlich es um die Lage der Bauhandwerker bestellt ist. Heute nach Verlauf von vier Jahren ist nicht bloß keine Verbesserung eingetreten, sondern es ist schlechter geworden, denn man hat dem Arbeiter das Brot und noch mehr unentbehrliche Nahrungsmittelein erheblich verdreutelt, ohne den Bohn zu erhöhen, und die Arbeitszeit ist eher verlängert als abgetröstet worden. Als ein Unzug ohne Gleichen muß die Handhabung der Altordnung bezeichnet werden. Die Bauunternehmer vergiebt die Arbeit an einen einzelnen Arbeiter oder einen Vorarbeiter; desselbe nimmt dann die übrigen Arbeiter an und legerte sind dann in der glücklichen Lage, etwas ausgebaut zu werden, denn von dem trotz aller Anstrengung länglichen Verdienst zwackt auch der sogenannte Bauteufel noch etwas ab. Um bei diesen Altordnungen den Preis möglichst zu drücken, müssen oft sechs bis acht solche Bauteufel ihre Forderung für ein und dieselbe Arbeit dem Unternehmer stellen, und welcher es dann am billigsten macht, der erhält sie. Ein Beweis, welche Hungerlöcher bezahlt werden, dürfte der sein, daß am Gymnasium, welches von dem Ausbacher „Demokrat“ Eder gebaut wird, für den Quadratmeter Bogenmauerwerk zu profitieren, die M. 1.30 bezahlt wird! Hier kann sich ein Steinmäuerer, wenn er lädt, arbeiten, M. 2 täglich verdienen. Woher der genannte Baumeister die M. 22 000 hergenommen hat, welche er angeblich auf den Bau „drausen“ gebracht hat, wissen wir nicht, aber so viel wissen wir, daß ein vernünftiger Arbeiter sich um solche faule Ausreden nicht kümmert, denn damit wird sein künftiger Magen nicht befriedigt. Die Schul, das die Bauschäfte immer schlechter und unhalbarwerden, liegt aber zum großen Theil an den Arbeitern selbst. Gerade die bissigen Bauhandwerker mit ihrer unendlich langen Arbeitszeit im Sommer verhindern sich nicht so weit aufzutragen, um sich ihrer gewöhnlichen Organisation anzuschließen. Beliebt werden die selben durch den geplanten Bohnabzug aus ihrer Unfähigkeit aufgerottet. Die Herren Unternehmer dürften dann wohl die Rechnung ohne den Wirth gemacht haben. Broterhöhung und Bohnabzug sind kräftige Agitationsmittel!

Aus Böhl.

Die bissige Maurer- und Steinmeister-Innung hat selbstständlich auch ihr Statut. Aber wie andere Gewerbevereine dieser Art, so sucht auch sie das Statut streng geheim zu halten vor den bösen Gesellen. Die Herren Innungsmäster sagen sich: „Wenn die Gesellen unser Statut nicht kennen, so können sie auch keine unleichame Kritik an demselben üben.“ So wachten sie denn über ihr Statut wie alte heilige Priester oder die Männer vom Freimaurerorden über ihre Mythen. Endlich ist es mir aber doch gelungen, mal einen Bild in die Sitzungen der Innung zu thun. Da wirkt es nun geradezu erstaunend, in den §§ 34 und 36 zu lesen, was die bissige Innung über das Gesellen- und Herbergswesen zu bestimmen für gut befinden hat. Danach erscheinen die Gesellen, die doch auch so zu sagen „freie“ Arbeiter sind, als völlig willenslose Individuen, die sich der Wormschaft der Innung und ihren Anordnungen unvergänglich zu unterwerfen haben. Die Innung verfügt einfach in brutalem Amtshut, daß sie für die „zuwandernden österr. Bünnister“ abgeschlossen habe, und daß die Hausordnung dieser Herberger „auch für die bezeichneten Gesellen“ gültig ist. Somit nicht die Innungsvorschrift eine bezeichnete Herbergsvorschrift feststellt.“ — Nach den gewohntesten Regelungen des Herbergswesens Gute der Gesellen selbst. Ein einzigst von einer Innung eingeführter

Hörbergswang; eine einstellig entworfene und ökologische Hörbergswang ist ein Eingriff in die persönliche Freiheit der Gesellen. Doch davon stoßen sich die Innungen nicht, wenn's gilt, das Hörbergswang und damit den Arbeitsnachweis in die Hand zu bekommen. Möchten doch die Kollegen außerordentlich entscheiden mit der selbstständigen Regelung des Hörbergewehrs vorgehen!

Der § 26 des Statuts bestimmt, daß für den Fall einer etwaigen Gefallen-Auswahl alle diejenigen in die Gesellenrolle eingetragenen Gesellen wählberechtigt sind, welche zur Zeit der Einladung zu den Wahlen seit mindestens drei Jahren bei einem Mitglied der Innung in Arbeit stehen. Wählbar sollen nur diejenigen Wahlberechtigten sein, welche das dreißigste Lebensjahr zurückgelegt haben!!!

Nicht wahr, das sind doch gewiß sehr gerechte Bestimmungen? Na, freitlich! Diejenigen Gesellen, welche mindestens drei Jahre bei einem Meister beschäftigt sind, bilden eine verschwindend kleine Minorität der Gesellenchaft. Diese Glücksachen sind auch gewöhnlich diejenigen, die immer hübsch, artig und gefügig sind und sich deshalb zur Wahl eines Gesellenauswaahlers, wie ihn die Meister brauchen können, ganz vorsichtig eignen. Dazu das Recht der Wählbarkeit vom 30. Lebensjahr! Wie viel Gesellen bleiben da, die berufen sein sollen, den Gesellenauswahl zu bilden? Nur Wählbarkeit in die höchste gegebende Körperschaft des Reichs, den Reichstag, ist das vollbrachte 25. Lebensjahr erforderlich. So ein Innungs-Gesellenauswahl ist deshalb ein ungleich wichtiger Ding als ein Reichstag; da kann man nicht gebrauchen, wer unter 30 Jahre alt ist; erst wenn er diese Altersgrenze überschritten hat, ist der Maurer- und Steinmeisterei "würdig" und "fähig", das "unfugbare schwierige" Amt eines Gesellen ausübungsfähig zu bekleiden!

Und auf diese Weise glauben die Innungen ein gutes Einnehmen zwischen sich und den Gesellen zu schaffen? Was doch die liebe Einbildung nicht thut!

Aus Bremen.

Nur immer die Gehrheit schreben!

In Nr. 9 des "Vereinsblatt" wird unter der Spitzmarke "Vortragsreihe des Herrn Kehler" bezüglich einer von demselben hier abgeholten Versammlung gefragt:

"In Bremen wurde versucht, den tiefen Eindruck, den der Vortrag gemacht, durch Hinsetzen von Bänkern abzuflachen, das mißglückte aber an der tatvollen Begeisterung des Vortragenden, über Sachen zu reden, die nicht zur Tagesordnung gehören und besser in anständiger Form in der Presse erledigt werden."

Da ist dem "Vereinsblatt" eine unerhörte Unwahrheit berichtet worden. Ich will deshalb unter Berufung auf das Begegnis der ganzen Versammlung den Verlauf der Versammlung richtig schreiben.

Die Versammlung war einberufen von Seite der Steinmeisterei. Mit der Leitung wurden die drei Maurer Behrens, Schöttner und Becker betraut.

Herr Kehler wollte reagieren über "die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation". Sein Referat aber entspach durchaus nicht den von verschiedenen Seiten gehofften Erwartungen; es beschiede nicht; jedenfalls genügte es der Tagesordnung nur ganz unbedeutend. Damit Niemand glaubt, daß persönliche Abwehrung gegen Herrn Kehler mich beeindruckt, will ich bemerken, daß ich dem Steite in der Maurerfachheit ganz fern stehe.

Nach dem Referenten trat der Reichstagsabgeordnete Herr Frohme in die Tribüne, um die Tagesordnung so gründlich, als es im Verlaufe einer Stunde nur möglich ist, unter begeistertem Zustimmung der ganzen Versammlung zu erledigen. Herr Frohme hielt sich in seinen Ausführungen streng stens an die Tagesordnung, ohne auf den präzisen Streit mit Herrn Kehler auch nur mit einer Silbe einzugehen. Ihm kam es erstaunlich leicht einer gewerkschaftlichen Organisation zur Erkenntnis zu bringen, und das ist ihm auch im vollen Maße gelungen.

Auch Herrn Frohme sprach Herr Paul aus Hannover. Auch der zug keine "Bänkereien" in die Debatte hinein, er sagte dem Herrn Kehler lediglich einige wohldiener Worte bei. Als Herr Paul u. a. bemerkte: das "Demand" die Petition des Maurerfanges, betreffend das Koalitionsrecht der Arbeiter, einen "Mumpitz" genannt, während er selbst eine Petition gegen die Arbeitsbücher in Umlauf gelegt und zur Unterzeichnung empfohlen habe, da ziel Herr Kehler mit einem höchst ungernem breitenden Lachen dazwischen: „Das war auch nur Mumpitz.“ Auf Herrn Paul folgte Herr Dehme von hier. Dieser ging direkt auf die Frage der Form der Organisation ein, indem er sich im Prinzip für die Zentralisation entföhlt.

Nunmehr ging auch Herr Frohme auf diese Frage ein und zwar wieder in streng objektiver Weise, ohne die Streitigkeiten unter den Maurern auch nur zu berühren. Mit den überzeugendsten Gründen legte er unter allseitiger Zustimmung dar, daß die Arbeiter sich nicht davon abhalten lassen dürfen, das alleinstellend prinzipiell richtig anerkannte System der Zentralisierung anzusehen und durchzuführen.

In demselben Sinne sprach nochmals Herr Paul.

Herr Kehler behielt sich zur Entgegnung als Referent das "Schlußwort" vor, was Herrn Frohme veranlaßte, zu der vor der Versammlung mit freudiger Zustimmung aufgenommenen Sitzung: daß er alsdann, wenn nötig, in einer neuen Versammlung auf die Ansichten, welche Herr Kehler über die Organisation einzuholen sollte, antworten werde.

Darauf nahm Herr Kehler das Wort, nicht das "Schlußwort". Er bewegte sich in allgemeinen Redenarten, die zu dem Pathos, womit sie vorgegetragen wurden, sehr schlecht passten. So sagte er u. a.: Der

Streit über die Form der Organisation geschieht in die Presse und nicht in der Versammlung ein! Bei dem Streite um die beste Form der Organisation handle sich's nur um „Ehrengleiten“, die gar keiner Diskussion wert seien, sondern „sich ganz von selbst“ erlebten!!! Sie die Versammlung sich noch von ihrem Erkennen über die Begehrungen erholen konnten, schloß Herr Kehler mit einem Hoch auf die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter, n. a. m. einen Hut und verließ die Tribüne. Als dann Herr Frohme das Wort zur Entgegnung erhielt, verließ Herr Kehler den Saal, was seine Entfernung, thörl. Hörerstörer erzeugte. Wenn der Berichterstatter des "Vereinsblatt" das eine "tatkölle Weigerung" des Herrn Kehler nannt, eine Weigerung, über nicht zur Tagordnung gehörende Sachen zu reden, so kann das jedem Theilnehmer der Versammlung nur ein mittelbares Nachdenken entlocken. Die Versammlung hat das Benecken des Herrn Kehler durchaus nicht für ein rechts "tatkölle", sondern im Gegentheil für ein recht "tatkölle" gehalten, um so mehr, als ja gerade Herr Kehler den Streit um die angeblichen "Ehrengleiten" in der Presse herbeigeführt hat. Die Stellung, welche die Versammlung zu den letzten Ausführungen des Herrn Frohme nahm, hätte Herrn Kehler beleben können, was die Versammlung von seiner Weigerung für eine Absicht hatte. Der Erfolg des Abends, darüber herrschte bei allen Versammlungsbeteiligten nur eine Stimme, war ganz und gar auf Seite des Herrn Frohme. Dessen Ausführungen waren es, die diesen Eindruck machten, und der mißliche Versuch einer "Abschwächung" dieses Eindrucks ging von Herrn Kehler aus.

Das ist die Wahrheit, die ich durch das Begegnis hunderten erhärtet lassen kann.

Aus Hannover.

Die anstrengende Thätigkeit des Maurers.

Im Anschluß an der eingeladenen Artikel in Nr. 9 des "Grundstein" — „Ist die Thätigkeit des Maurers auch eine Arbeit?“ — will ich hier den Kollegen eine Rechnung unterbreiten, damit sie dieser thörligen Ansicht, welche beständig besteht, nicht nur in den sogenannten gebildeten Kreisen, sondern auch häufig in der Arbeiterfachheit austausch, entgegensetzen können.

Nehmen wir an, ein Bau, zu dem 500 000 Steine mit innern Bändern und Gewichten gebraucht werden, daß bis zur Rohbauabnahme 10 Wochen oder 60 Arbeitsstunden à 10 Stunden dauert, in der Zeit haben 10 Gesellen daran gearbeitet, so ergiebt die Arbeitszeit 60 × 10 × 10 = 6000 Arbeitsstunden; dividieren wir nun weiter 6000 Stunden in 500 000 Steine, so ergiebt das pro Stunde 833 $\frac{1}{3}$ Steine oder in zehnstündig Arbeitszeit 833 $\frac{1}{3}$ Steine à Geselle. Beträgten wir uns nun die Gewichtsmenge, welche in den Steinen steht, so wiegt ein Maurerstein durchschnittlich 6 Pfund, also 6 × 833 $\frac{1}{3}$ = 5000 Pfund. Ein Kübel mauerfester Schlacke wiegt 150 Pfund, mit einem Kübel Kalk vermauerter man 90 Steine, man braucht also 9/4 Kübel Kalk im Gewicht von 1387 $\frac{1}{4}$ Pfund. Rechnen wir nun die angeschlagenen Gewichtsmengen zusammen, so ergiebt das Werkstück 5000 + 1387 $\frac{1}{4}$ = 6387 $\frac{1}{4}$ Pfund oder 63 $\frac{1}{4}$ Zentner 87 $\frac{1}{4}$ Pfund. Diese Gewichtsmenge muß ein Maurer fast durchschnittlich jeden Tag benötigen, und das oft bei einer Temperatur im Sommer von 25—30° über Null. Bedenkt man nun noch, daß er sich über 1000mal dabei beugen muß, also eine Kräfteverschwendigung annimmt, bei welcher besonders die Wirbeldauer in starke Weitwinkel gegeben wird, was wiederum ein ständiges Anspannen der Beinmuskulatur, auf die er sich hauptsächlich verlassen muß, zur Folge hat, so ist wohl daraus zu ersehen, daß Maurern gewiß eine Arbeit ist.

Es ist hier noch garnicht in Betracht geogen, daß der Maurer außerdem noch mit schweren Brettern und Gerüsten kämpfen muß, welche im Stellengang sich herumplaudern muß, was ebenfalls eine anstrengende Thätigkeit ist, namentlich wenn man wie ein Seitläufer auf den Bindebäumen herumbalziert zu müssen. Wenn diese Thätigkeit für einen gefundenen Menschen schon anstrengend ist, um wie viel anstrengender ist sie wohl für einen Menschen, der durch Sturz sich einen Rippenbruch oder Nüggratschaden zugezogen hat, wodurch das fortwährende Gefühl zurückbleiben ist, als hätte er einen sogenannten "Grenzenbruch". Wenn man nun holen muß, — so einen Stein und ein Kübel Kalk aufzuhaben, das ist doch keine Arbeit? — so liegt das wie der reine Hohn, den man den Arbeitern entgegenleuchtet. Es wäre wohlreich angebracht, wenn solch ein "kluger" Arzt, der sein Gutachten abgibt, erst mal ein paar Tage an einen 2½ Stein starken Giebel zwischen zwei handseitige Gesellen gestellt würde und hinter sich einen Patienten hälte, der immer "Schurk hoch" riefe, dann würde er bald erfahren, ob "Maurern eine Arbeit" sei.

Außerdem ist noch in Betracht zu ziehen, daß ein Maurer seine Arbeit auch gut machen muß, daß er sie nicht verputzt; er trägt die Verantwortung dafür, was aber bei manchem Arzt nicht der Fall ist; wenn die "Arbeit" verputzt ist, dann heißt es: "Nach Gottes unverfasslichem Rathsgesetz usw.", hinterher wird Erde darauf gelegt, und alles ist gut gemacht.

Die Kollegen müßte ich aber hiermit ermahnen, sich mehr den bestehenden Ordnungen anzuschließen, nur dadurch werden etwaige Krebschäden, welche sich innerhalb unseres Vereins zeigen, an die Defensivität gezeigt, und die Mittel und Wege können beraten werden, wie die Krebschäden zu befreien sind. Die geübten Ausübungen, wonach man uns Arbeit nicht als gleichberechtigten Stand erachtet, können nur durch ein Maßnahmen bekämpft werden, und das ist die gewerkschaftliche Organisation. Beherzigt das und handelt danach. Wagen die V. a. des "Grundstein" mehr für die weitere Verbretzung dieses Blattes einzutreten, unabhängig agitieren, damit in Verbindung mit der Organisation mehr Aufklärung in die beteiligten Kreise hineingetragen wird.

Albert Paul.

Grieskasten.

Der Abonent Knoll, jetzt St. Pauli, Kastanienallee, wohnt, wieb ich nochmals Angabe seiner Adresse gebe, indem durch ein Verlegen die betreffende Postkarte mit anderen Scripturen vernichtet worden ist.

Unterh. E. G. Einen Ort Namens Berlin liegt in Pommern, Poststation Begeow, die zweite in Mecklenburg-Schwerin, Poststation Warnow in M.

Ottensen, M. Ihre Aufmachung stimmt nicht; rechen Sie nur noch einmal nach.

Albed, A. Den Abdruck des Festgedichtes könnten wir Raumangabe halber leider nicht bringen; dasselbe nimmt beinahe eine volle Spalte ein; bei dem jetzigen Andruck von Berichten müssen wir sehr haushälterisch mit dem zur Verfügung stehenden Raum umgehen.

Dresden, B. Ich bin eingetroffen. Nächster Nummer. Stade, H. und Bünzau, W. Bezuglich Ihrer Aufmachung verweise wir Sie auf den in nächster Nummer unseres Blattes erscheinenden Artikel: Sammlung und Erhebung von Geldern für gewerkschaftliche Zwecke.

Anzeigen.

Au die verehrlichen Verbreiter und Einzelabonnenten dieses Blattes.

Hiermit ersuchen wir diejenigen Verbreiter des "Grundstein", welche noch Abonnementsträge für das dritte und vierte Quartal 1888 restiren, sonia diejenigen Einzelabonnenten, welche den Betrag für das erste Quartal 1889 bisher nicht beglichen haben, ihren Verpflichtungen bis spätestens den 20. März nachzukommen, wibrigenfalls die betreffenden Namen mit Anführung der Restträge auf dem Kongress in Halle a. S. veröffentlicht werden. Mit Gruß.

Die Expedition des "Grundstein".

Au die zum sechsten deutschen Männerkongress gewählten Delegirten.

Laut Mitteilung seitens des Herrn Schlosser beabsichtigen die Kollegen in Halle a. S. am Sonntag, den 24. März, zu Ehren der Kongressdelegirten eine Festlichkeit zu veranstalten. Es werden daher alle Theilnehmer am Kongress von den Hallenser Kollegen freundlich ersucht, die Reise nach Halle so zeitig zu unternehmen, daß sie das Fest besuchen können.

Mit Gruß Die Redaktion und Expedition des "Grundstein".

Zu unserer wertvollen Korrespondenten.

Während des Kongresses, also vom 23. bis 27. März, sind sämtliche für die Redaktion des "Grundstein", sowie für die Agitationskommission bestimmten Briefe an Herrn Staningk, Halle a. S., Merseburg Harz 48, zu adressieren.

Zentral-krankenhause der Maurer, Steinhauer, Gipser und Stukkaturen Deutschlands "Grundstein zur Einigkeit"

(E. H. Nr. 7. Sitz: Altona).

In der Woche vom 3. bis 9. März sind folgende Verträge bei der Hauptkasse eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Hamburg A. 500, Steinbeck 100, Summa A. 600.

Büchhoff erhielten die örtliche Verwaltung in Köln a. R. A. 100, Danzig 75, Stuttgart 300; Genfniß 200, Dresden 200, Gr. Westheim 100, Cannstatt 60, Dortmund 50, Butter a. W. 30, Schierstein 80, Mainz 60, Böhsbach 100, Bösdorf 200, Dötzig 100, Altona 400, Oldenstadt 100, Eggenstedt 60, Pankow 50, D. Wilmersdorf 50, Summa A. 2315.

Altona, den 10. März 1889.

E. Neiß, Hauptklasser.

Friedrichshaderstraße Nr. 32, Haus 7.

Abonnementströstung.

Für das dritte Quartal 1888:

Hannover, H. R. M. 11.70.

Für das vierte Quartal 1888:

Hannover, H. M. 103.55.

Für das erste Quartal 1889:

Briesen-Dorf, Z. M. 1.40; Grevesmühlen, W. 4.50; Briesen, W. 1.80; Friedland, H. 3.15; Minden, B. 1.920; Neuland, S. 5.15; Wilhelmshaven, B. 2.40; do., G. 1.40.

J. Stanting.

Literarisches.
Soeben ist erschienen das 15. und 16. Heft von der "Französischen Revolution". Darstellung der Ereignisse und Zustände in Frankreich von 1789—1804. Von Wilhelm Blos. Mit vielen Porträts und historischen Bildern. (Stuttgart, Dies.)

Verlag von J. Stanting, Hamburg.

Druck von F. G. W. Diez, Hamburg.